

Wie gerecht ist das deutsche Steuersystem?

Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2026

Christoph Trautvetter, Julia Jirmann,
Michaela Alka



Impressum

Jahrbuch Steuergerechtigkeit

Stand

Mai 2026

Autoren

Christoph Trautvetter ist Koordinator des Netzwerks Steuergerechtigkeit und betreut die Themenbereiche Unternehmensteuern, Schattenfinanzen und internationale Steuergerechtigkeit. Vor dem Netzwerk hat er unter anderem für Teach First, KPMG und im Europaparlament gearbeitet. Er hat einen Master in Public Policy von der Berliner Hertie School und einen Bachelor in Philosophy & Economics von der Universität Bayreuth.

c.trautvetter@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Julia Jirmann betreut beim Netzwerk Steuergerechtigkeit die Bereiche Erbschaft und Vermögen sowie Einkommensteuern. Sie ist zudem Mitglied in der Kommission „Soziale Sicherung & Familienlastenausgleich“ des Deutschen Juristinnenbundes. Zuvor war sie in der Beratungsgesellschaft KPMG im Bereich International Tax sowie für den Bund der Steuerzahler tätig. Sie studierte Betriebs- und Volkswirtschaft (M.Sc.) an der Universität Leipzig sowie Wirtschaftsrecht (LL.M.) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

j.jirmann@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Michaela Alka betreut beim Netzwerk Steuergerechtigkeit den Bereich gesunde und ökologische Steuern. Davor hat sie bei PwC im Bereich International Tax gearbeitet. Sie hat einen LL.M. in europäischem und internationalem Wirtschaftsrecht von der Ludwig-Maximilians-Universität München und einen Bachelor in Jurisprudence (Rechtswissenschaften) von der University of Oxford.

m.alka@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Herausgeber

Netzwerk Steuergerechtigkeit
Weidenweg 37
10249 Berlin

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de

info@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Inhaltsübersicht

Das Netzwerk und das Jahrbuch	4
Die neun Gerechtigkeitsindikatoren auf einer Seite	5
Die politischen Versprechen im Koalitionsvertrag	6
Der Staat und das Steuersystem	8
Indikator 1: Niedrigsteuerland für Vermögende	9
Die Verteilung von Vermögen und Einkommen	12
Indikator 2: Das Vermögen der Wohlhabenden und Milliardäre	13
Indikator 3: Das Einkommen der DAX-Manager und Eigentümer	14
Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen	15
Indikator 4: Der Steuersatz der Milliardäre	16
Steuern auf Erbvermögen	18
Indikator 5: Das Steuerprivileg für Großerben.....	19
Steuern auf Unternehmensgewinne	21
Indikator 6: Der Steuersatz der Digitalkonzerne.....	22
Steuern für Umwelt und Gesundheit	23
Indikator 7: Die Steuer auf den Privatjet-Flug	24
Steuerhinterziehung und Geldwäsche	26
Indikator 8: Zahl der Steuerfahnder und Betriebsprüfer	28
Internationale Steuergerechtigkeit	30
Indikator 9: Finanzierung von nachhaltiger Entwicklung	32
Unsere Reformvorschläge für mehr Steuergerechtigkeit im Überblick	33
Unser Beitrag für ein gerechtes Steuersystem	35

Das Netzwerk und das Jahrbuch

Steuern sind ein zentrales Werkzeug der Demokratie. Im besten Fall mobilisieren sie ausreichend Ressourcen für Aufgaben, die gemeinschaftlich besser gelöst werden können, korrigieren die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen und lenken Verhalten.

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit ist ein breites, pluralistisches und parteiunabhängiges Bündnis, in dem wir gemeinsam an einem gerechten, solidarischen und ökologischen Steuersystem für alle arbeiten.

Im **Jahrbuch Steuergerechtigkeit** bieten wir seit 2021 einen systematischen Überblick über die Gerechtigkeitslücken im deutschen Steuersystem und die politischen Versprechen, sie zu verkleinern. Im Zentrum stehen dabei neun Indikatoren, die wichtige Veränderungen möglichst verständlich und zeitnah sichtbar machen.

Unsere Fragen: Welche Rolle spielt die Besteuerung von Arbeit und Konsum? Wie ungleich ist die Verteilung von Vermögen und Einkommen? Wie werden Vermögen, Erbschaften, Unternehmensgewinne und Einkommen besteuert? Wie gesund und ökologisch ist das Steuersystem? Wie gut funktioniert die Verfolgung von Steuerhinterziehung? Welchen Beitrag leistet Deutschland für internationale Gerechtigkeit?

Unsere Antworten: Von den Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben unter dem Strich vor allem Menschen mit großen Vermögen profitiert, auf Kosten von Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Die aktuelle Bundesregierung setzt diese Entwicklung bisher fort, obwohl sie im Koalitionsvertrag das Gegenteil versprochen hat. Mit unseren Reformvorschlägen zeigen wir, wie es anders gehen könnte. Sie schließen die wichtigsten Gerechtigkeitslücken und haben zusammen ein Umsteuerungspotenzial von rund 100 Milliarden Euro.

ZUM WEITERLESEN:

- » In unserem ***Handbuch Steuergerechtigkeit*** erklären wir die Grundlagen des Steuersystems und seine Gerechtigkeitslücken einfach und kompakt.
- » In unserem monatlichen ***Steuergerechtigkeitscheck*** ordnen wir aktuelle Entwicklungen ein.
- » In unseren ***Unterrichtsmaterialien*** geben wir Anregung zur Weiterbildung.

Die neun Gerechtigkeitsindikatoren auf einer Seite

1,6 %

Niedrigsteuerland für Vermögen: Deutschland wird zur Erbgengesellschaft, in der eigene Leistung immer weniger zählt. 2025 waren die Vermögen 6-mal so groß wie die Einkommen. 1950 waren sie etwa gleich. Besteuert wird aber vor allem Arbeit statt Vermögen. **2025 stammten nur 1,6 Prozent der Steuereinnahmen aus Vermögen, 1950 waren es noch 10 Prozent.**

Die reichsten 100 Familien besitzen **fast doppelt so viel** wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. 2001 war es noch umgekehrt. Auch der Abstand der ärmeren Hälfte zu den Wohlhabenden ist gewachsen: Im Schnitt auf 2,6 Millionen Euro oder 37,5 durchschnittliche Jahresgehälter (vor Steuern und Abgaben).

x 2

86 x

DAX-Manager bekommen im Schnitt **86 Durchschnittsgehälter**. 1990 waren es etwa 30. Der Wert eines DAX-Portfolios ist seit 1990 um den Faktor 17 gewachsen, die Löhne haben sich nur verdoppelt.

Zwei Beispiel-Milliardäre zahlten nur **29 Prozent Steuern**. 1996 waren es fast 60 Prozent. Ab 2028 sinkt ihr Steuersatz dank Unternehmensteuersenkung weiter. Die Abgabenbelastung für Durchschnittsverdienende steigt dagegen.

29 %

3,4
Mrd. €

45 „bedürftige“ Begünstigte erhielten 2024 ein Steuergeschenk von **3,4 Milliarden Euro**. Im Schnitt also 76 Millionen Euro pro Fall. Der effektive Steuersatz lag nur bei rund 2,5 Prozent.

Fünf Megakonzerne aus den USA zahlten 2025 in Deutschland nur **3,2 Prozent auf ihre Gewinne**. Seit des ersten Maßnahmenpakets gegen Gewinnverschiebung im Jahr 2015 haben sich ihre Gewinne verdreifacht. Die Steueroasengewinne sind weiter gestiegen, der effektive Steuersatz dagegen unverändert niedrig.

3,2 %

-1 €

Der Mallorca-Flug im Privatjet ist in Deutschland steuerlich **1 Euro günstiger als in der Economy-Class**, in Frankreich kostet der Flug im Privatjet 400 Euro mehr. Für ein SUV zahlt man in Dänemark neben der jährlichen KfZ-Steuer von 3.000 Euro eine einmalige Erwerbsteuer von 40.000 Euro, in Deutschland spart man mit dem als Dienstwagen genutzten SUV unterm Strich sogar Steuern.

Die Zahl der Steuerfahnder und Betriebsprüfer ist 2024 um **0,2 Prozent gesunken**, obwohl sie pro Prüfer knapp 1 Million Euro Mehrsteuern generieren. Vor allem komplexe Fälle werden zu wenig verfolgt. Die 2021 gestartete europäische Staatsanwaltschaft kann dafür erste Erfolge beim Kampf gegen grenzüberschreitende Umsatzsteuerkarusselle vorweisen.

-0,2 %

↑ ↓

Der Schaden aus **Gewinnverschiebung** und Abflüssen in Schattenfinanzplätze steigt auch im Globalen Süden weiter. Die Mittel für **Entwicklungszusammenarbeit** sinken dagegen.

Die politischen Versprechen im Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD aus dem Jahr 2025 klammert die großen Fragen der Steuergerechtigkeit weitgehend aus. Ambitionierte Vorhaben finden sich vor allem bei Steuervereinfachung und Digitalisierung. Zwei positive Überraschungen: Das Vorhaben einer Digitalabgabe im Kulturbereich sowie die Initiative für eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene.

Bilanz nach dem ersten Jahr: Insgesamt haben Union und SPD rund die Hälfte ihrer steuerpolitischen Vorhaben umgesetzt. Nach unserer Auswertung waren das vor allem besonders teure Maßnahmen, die das Steuersystem ungerechter machen, insbesondere die schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 (Kosten von 25 Milliarden Euro pro Jahr ab 2032) sowie die Reduzierung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie und deren eher wohlhabende Kunden (Kosten 4 Milliarden Euro). Für nachhaltiges Wachstum, eine zukunftsfähige Wirtschaft und die gerechte Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen bringen diese Maßnahmen wenig oder sind zum Teil sogar kontraproduktiv.

Die große steuerpolitische Frage für 2026 ist, wie die im Koalitionsvertrag ebenfalls angekündigte Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen

aussehen und finanziert werden soll. Tatsächlich ist die Abgabenbelastung für diese Gruppen im Jahr 2026 infolge angehobener Sozialversicherungsbeiträge leicht gestiegen. Die meisten bisher diskutierten Reformvorschläge bringen den Menschen mit niedrigen Einkommen zu wenig. Zur überfälligen Reform der Erbschaftsteuer findet sich im Koalitionsvertrag nichts. Die SPD hat dazu Anfang 2026 erste Vorschläge vorgelegt. Die Analyse zeigt: Selbst wenn die größten Steuerprivilegien bei der Erbschaftsteuer abgeschafft würden, ließen sich die geplanten Steuersenkungen für Unternehmensgewinne damit nicht ausgleichen.

Auch eine Einkommensteuerreform, die die breite Mitte entlastet, wäre selbst bei einem höheren Spitzensteuersatz von 49 Prozent nur mit zusätzlicher Gegenfinanzierung möglich. Würde die durch die Steuersenkung entstehende Lücke mit einer Mehrwertsteuererhöhung geschlossen, würde das Steuersystem ungerechter. Eine Milliardärssteuer wäre dagegen ein zielgerichteter und passender Ausgleich.

in Mrd. €	Untere 50 %	50 – 90 %	90 – 99 %	Top 1 %	Gesamtwirkung
Senkung Unternehmensteuer (volle Kosten ab 2032)	0,8	2,5	3,8	18,0	25
Abschaffung Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer	- 0,1	- 0,4	- 1,9	- 5,6	- 8
Einkommensteuerreform¹	0,9	14,3	4,2	- 3,9	15,5
Mehrwertsteuererhöhung (+ 2 Prozentpunkte)	- 11,5	- 14,0	- 4,0	- 1,6	- 31
Milliardärssteuer	0	0	0	- 10 bis - 30	- 10 bis - 30

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Verteilungswirkung nach Bach (2025 und 2026)

¹ Anhebung Spitzensteuersatz auf 49 % ab 90.000 Euro zu versteuerndem Einkommen, abgeflachter Tarif sowie Anhebung des Grundfreibetrags (siehe Bach, 2026).

Themenbereich	Koalitionsvertrag	Was bis März 2026 passiert ist
Vermögen und Erbschaften	Union und SPD konnten sich auf keine Maßnahmen einigen	Erste Reformvorschläge der SPD zur Erbschaftsteuer
Einkommen	Entlastung für: <ul style="list-style-type: none"> » Pendler » Rentner mit Hinzuverdienst » kleine und mittlere Einkommen » Alleinerziehende » Kinder in ärmeren Familien » Überstunden » Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Stabilisierung der Beiträge) 	<ul style="list-style-type: none"> » Pendlerpauschale ab 2026 erhöht » Hinzuverdienst für Rentner bis 2.000 Euro steuerfrei » Zum Einkommensteuertarif bisher nur stark voneinander abweichende Vorschläge von SPD und Union
Unternehmen und Digitalkonzerne	<ul style="list-style-type: none"> » Senkung der Körperschaftsteuer und degressive Abschreibung » Vereinfachte Steuerbegünstigung für angesparte Gewinne bei Personengesellschaften » Digitalabgabe für Onlinewerbung 	<ul style="list-style-type: none"> » <u>Senkung der Körperschaftsteuer</u> schrittweise um insgesamt 5 Prozentpunkte ab 2028 sowie Sonderabschreibungen » Testballon zur Digitalabgabe vom Kulturstaatsminister bisher ohne Follow-up
Verbrauchssteuern, Umwelt und Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> » Stromsteuersenkung » Mehrwertsteuersenkung Gastronomie » Subvention für E-Mobilität und Agrardiesel 	<ul style="list-style-type: none"> » Stromsteuer ab 2026 für Unternehmen gesenkt (Kosten ca. 20 Mrd. €) » Mehrwertsteuersenkung für Gastronomie (Kosten ca. 4 Mrd. €), Wirkung vor allem für hohe Einkommen » Umweltschädliche Agrardiesel-Rückvergütung angehoben » Subvention für E-Mobilität erneuert
Steuerhinterziehung und Steuerbehörden	<ul style="list-style-type: none"> » Erhöhung des Mindeststeuersatzes bei der Gewerbesteuer » Verstärkung gegen bandenmäßige Steuerhinterziehung, Cum-Cum und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> » Anhebung von Mindesthebesatz auf 280 Prozent beschlussreif » Kleine Fortschritte beim Steuervollzug in den Ländern
Vereinfachung, Digitalisierung und Gemeinnützigkeit	<ul style="list-style-type: none"> » Automatisierte Steuererklärung, mehr Pauschalen » Verbesserungen für Übungsleiter, Ehrenamt, E-Sport 	<ul style="list-style-type: none"> » Erste Tests der automatisierten Steuererklärung » E-Sport seit 2026 gemeinnützig » Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen angehoben
EU/Internationales	<ul style="list-style-type: none"> » Festhalten an globaler Mindeststeuer » Unterstützung EU-weiter Finanztransaktionsteuer » Keine Pläne für eine Übergewinnsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> » Abbau von Abwehrmaßnahmen gegen Gewinnverschiebung und neue Ausnahmen für US-Konzerne bei der Mindeststeuer » EU-Kommission hat die Finanztransaktionsteuer aufgegeben

Der Staat und das Steuersystem

Warum das wichtig ist: „Politische Umbrüche, rauer gesellschaftlicher Wind und übermenschliche Technologien“ prägen das Jahr 2026². Eine rechtsextreme Partei könnte erstmals wieder die Mehrheit in einem deutschen Bundesland erzielen. Künstliche Intelligenz verändert die Arbeitswelt und könnte ganze Unternehmen überflüssig machen. Einzelne Milliardäre und Großkonzerne bestimmen immer stärker über die Zukunft der Menschheit.

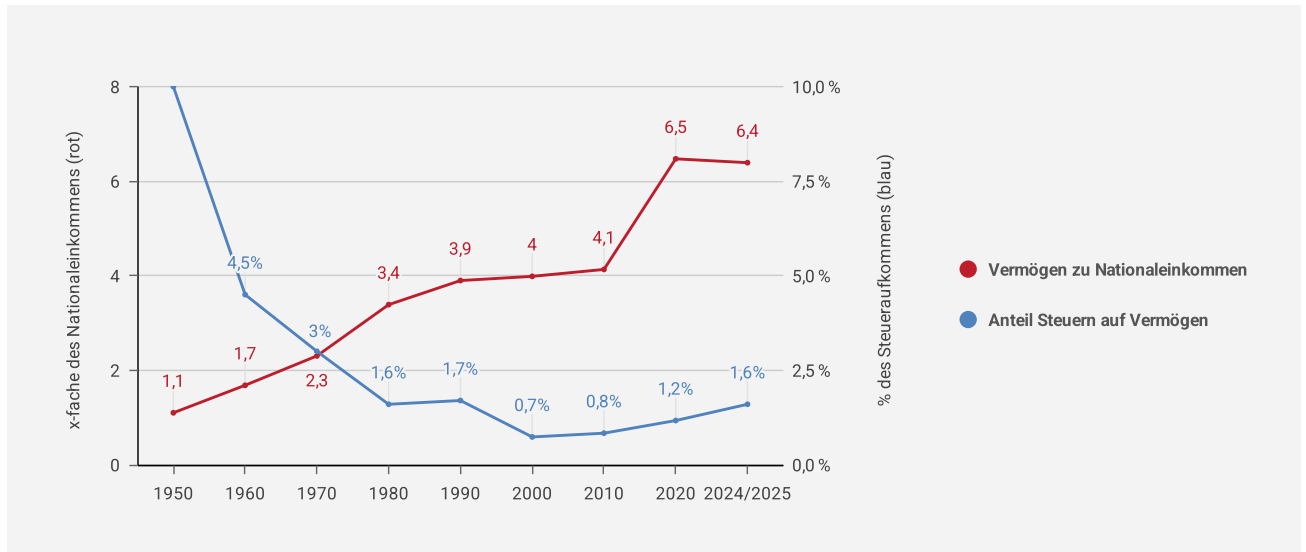
Umso dringender brauchen wir ein handlungsfähiges Gemeinwesen, das die Demokratie und den Sozialstaat im neuen Zeitalter bewahrt. Dafür muss man Steuern, Ausgaben und Regulierung zusammendenken. Steuern sorgen seit Jahrzehnten dafür, dass fast ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung durch die Gemeinschaftskasse fließt. Aktuell sind es rund 1.000 Milliarden Euro. Mindestens genauso wichtig wie die Höhe der Steuereinnahmen ist aber, wer sie zahlt.

Durch die Abschaffung der Vermögensteuer und Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer ist der Anteil der Steuern auf Vermögen an den Gesamteinnahmen gesunken, obwohl die Vermögen in der langen Friedensphase seit dem Zweiten Weltkrieg deutlich schneller gewachsen sind als die Einkommen. Steuersenkungen für Vermögenseinkommen haben das Wachstum sehr großer Vermögen weiter beschleunigt.

Was wir vorschlagen: Unsere Reformvorschläge machen das Steuersystem gerechter, solidarischer, gesünder und ökologischer und sie haben zusammen ein Umsteuerungspotenzial von etwa 100 Milliarden Euro. Die 5.000 reichsten Haushalte müssten etwa 40 Milliarden Euro mehr zahlen, die 200 größten Konzerne der Welt etwa 20 Milliarden Euro. Durch die Streichung ihrer Steuerprivilegien würde ihr Steuersatz auf das normale, bereits heute geltende Niveau steigen. Das wäre ein großer Fortschritt gegenüber dem Status quo aber nicht genug, um die anti-demokratische Ungleichheit zu reduzieren, für echte Chancengerechtigkeit zu sorgen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Zusätzlich könnte man auch mittlere Vermögen (ab etwa einer Million Euro) stärker am Steuerertrag beteiligen, z.B. durch höhere Steuern auf Vermögenserträge wie Ausschüttungen und Verkaufserlöse, eine einmalige Vermögensabgabe oder die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Letztendlich bräuchte es aber grundlegende Veränderungen der Eigentums- und Machtverhältnisse, die weit über das Steuersystem hinausgehen.

² Zitat aus dem Schreiben unserer Bank, der GLS-Bank, zum Jahresanfang.

Indikator 1: Niedrigsteuerland für Vermögende



Grafik 1: Vermögen sind schneller gewachsen als Einkommen, der Anteil der Einnahmen aus Vermögensteuern stagniert

Quelle: Steueranteil Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Lastenausgleich basierend auf Steuerschätzung Oktober 2025, Bundesfinanzministerium und eigenen Berechnungen, Nettovermögen der Privathaushalte basierend auf World Inequality Lab und Bundesbank

Lesebeispiel: 2010 war das gesamte Vermögen der Deutschen noch viermal so groß wie das Nationaleinkommen für dieses Jahr. 2020 war es mehr als sechsmal so viel (rote Linie). Der Anteil der Steuereinnahmen auf Vermögen am gesamten Steueraufkommen (blaue Linie) ist trotzdem niedriger als 1990.

Der Indikator vergleicht den Anteil der Steuern auf Vermögen an den Gesamteinnahmen mit der Bedeutung von Vermögen im Verhältnis zu Einkommen. Die Logik dahinter: Wenn die Bedeutung von Vermögen wächst, müsste theoretisch auch der Anteil der Einnahmen aus Vermögensteuern wachsen. Die Grund- und die Grunderwerbsteuer zählen wir dabei nicht zu den Vermögensteuern, weil sie unabhängig vom Nettovermögen der Eigentümer anfallen und teilweise von Mietern und Käufern getragen werden. Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1996 ist die Erbschaft- und Schenkungsteuer die einzige echte Steuer auf Vermögen.

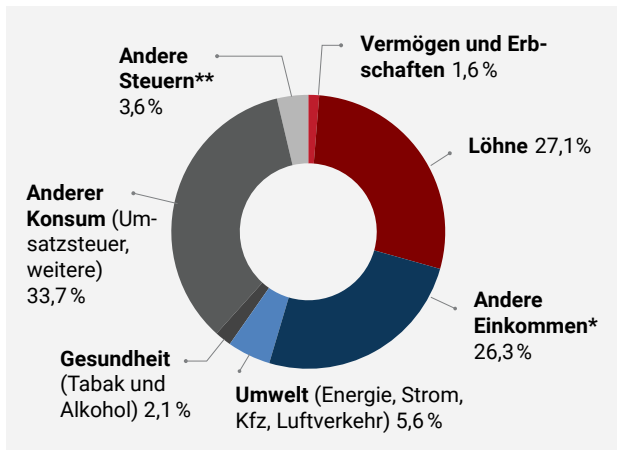
2025 lag der Anteil der Erbschaftsteuer an den gesamten Steuereinnahmen bei 1,6 Prozent. Das sind 0,4 Prozentpunkte mehr als 2024. Ausschlaggebend dafür war ein außergewöhnlicher Einzelfall: 2025 zahlten die Erben von Heinz Hermann Thiele mit **etwa 4 Milliarden Euro** die höchste Erbschaftsteuer in der Geschichte der Bundesrepublik.

2010 war das gesamte Vermögen der Deutschen noch viermal so groß wie das Nationaleinkommen für dieses Jahr. 2020 war es mehr als sechsmal so viel. Der Anteil der Steuereinnahmen auf Vermögen am gesamten Steueraufkommen ist trotzdem niedriger als 1990.

1950 trugen Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und eine nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossene, dreißigjährige Vermögensabgabe (Lastenausgleich) noch etwa 10 Prozent zum Gesamtaufkommen bei. Seitdem haben sich Vermögenswachstum und Steuereinnahmen in drei Schritten entkoppelt:

- » bis 1980, durch das Auslaufen des Lastenausgleichs bei gleichzeitig starkem Wachstum durch den Wiederaufbau;
- » bis 1996 durch die Schwächung und Aussetzung der Vermögensteuer;
- » bis heute infolge des überproportionalen Anstiegs von Aktien- und Immobilienbewertungen seit etwa 2012.

Die von uns vorgeschlagene gerechtere Besteuerung sehr großer Vermögen könnte den Anteil der Steuern auf Vermögen am Gesamtaufkommen um etwa 3 Prozentpunkte erhöhen. Eine einprozentige Vermögensteuer ab einer Million Euro würde nochmal etwa 2 Prozentpunkte bringen.



Grafik 2: Kaum Steuern auf Vermögen

Quelle: eigene Berechnung basierend auf Arbeitskreis Steuerschätzungen März 2026, Ist-Werte für 2025

* Unternehmen, Selbstständige, Renten, Mieten, Zinsen, Dividenden

** Grundsteuer, Grunderwerbsteuer, Feuerschutz, Hälfte der Gemeindesteuern

Für einen Vergleich der Steuern auf Kapital in Bezug auf die gesamten Kapitaleinkommen mit der Besteuerung von Arbeit gibt es leider keine verlässlichen Zahlen. Kapitaleinkommen werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur unvollständig erfasst. Außerdem lassen sie sich in der Einkommensteuerstatistik nicht eindeutig von Renten, arbeitsbezogenen Einkünften von Selbstständigen und Unternehmerlöhnen abgrenzen und den Steuerzahlenden zuordnen.

Was sonst noch wichtig ist:

- » **Keine Rekordeinnahmen:** Die Steuerquote – also die Steuereinnahmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – liegt 2025 etwa auf dem gleichen Niveau wie 1960 (**rund 23 Prozent**), der Staat nimmt gemessen an der Wirtschaftsleistung also nicht mehr oder weniger Steuern ein. Die Sozialbeitragsquote ist vor allem im Zuge des Ausbaus des Sozialstaats in den 1960er- und 1970er-Jahren von 10 auf 18 Prozent gestiegen, seitdem aber auch weitgehend stabil. Weil die Sozialbeiträge vor allem auf Arbeitseinkommen und nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze erhoben werden, treffen steigende Beiträge besonders kleine und mittlere Einkommen. Insgesamt liegt Deutschland mit einer Steuer- und Abgabenquote von rund 42 Prozent im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Neben den Steuern und Abgaben erhebt der Staat Gebühren für Verwaltungsleistungen oder Kindergärten und kontrolliert Unternehmen, die Güter am Markt anbieten – von Wohnungen über Bahnreisen bis zur Wärmeversorgung.
- » **Die Vermögensbesteuerung im internationalen Vergleich:** Eine angemessene Besteuerung von Vermögen ist weltweit und historisch bisher nur selten gelungen - zum Beispiel durch den Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. In Frankreich sind die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer aktuell wegen niedriger Freibeträge etwa doppelt so hoch wie in Deutschland. In der Schweiz bringt eine umfassende Vermögensteuer mit niedrigen Freibeträgen und niedrigem Steuersatz etwa 5 Prozent der Steuereinnahmen, in Norwegen mit höheren Freibeträgen etwa 2 Prozent. Einige Länder wie Frankreich, das Vereinigte Königreich oder die USA erzielen deutlich höhere Einnahmen aus der Grundsteuer. Die trifft aber kleine Vermögen deutlich stärker als große.
- » **Die Verteilung der Steuereinnahmen:** Vom gesamten Steueraufkommen erhalten Bund und Länder jeweils etwa 40 bis 45 Prozent. Die Kommunen erhalten rund 15 Prozent, vor allem aus Grund- und Gewerbesteuer und aus ihrem Anteil an der Umsatzsteuer. Über Finanzausgleiche und Zuweisungen werden die Einnahmen dann innerhalb und zwischen den staatlichen Ebenen umverteilt. Viele Kommunen stehen vor hohen Defiziten und Schulden. Viele Menschen wünschen sich eine Stärkung der Kommunen.
- » **Der Lenkungseffekt des Steuersystems:** Beim Anteil der Einnahmen aus Steuern auf Tabak und Alkohol liegt Deutschland unter dem EU-Durchschnitt (0,4 Prozent vs. 0,6 Prozent vom BIP) und weit hinter Spitzenreiter Bulgarien (2 Prozent). Bei den Umweltsteuern landet Deutschland mit 1,8 Prozent vom BIP nur auf Platz 21, 0,3 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt und 2 Prozentpunkte hinter Spitzenreiter Griechenland. Außerdem ist der Anteil der Umweltsteuern (inkl. Emissionshandel und CO₂-Preis) zu den Gesamtsteuern seit 2005 von 12,2 Prozent auf 7,6 Prozent gefallen.

Die Grundsteuer – viel Lärm und wenig Geld

Im Januar 2025 ist die Reform der Grundsteuer in Kraft getreten. Das zentrale Reformversprechen wurde eingehalten: Die Einnahmen sind nicht schneller gewachsen als die Inflation und lagen für 2025 bei knapp 16 Milliarden Euro – etwa so hoch wie die Tabaksteuer. Pro Grundstück fallen damit im Schnitt rund 40 Euro Grundsteuer pro Monat an. Immobilienbesitzer zahlen also im Durchschnitt etwa so viel Grundsteuer wie für einen Internet- und Telefonanschluss. Eine stark vereinfachte Bewertung sorgt für Ungerechtigkeiten im Einzelfall. Auf eine gemeinsame Methode konnten sich nicht alle Bundesländer einigen. In Bayern entscheidet nur die Grundstücksfläche. Die teure Villa in bester Lage wird also genauso hoch besteuert wie die Bruchbude an der lauten Straße.

In Baden-Württemberg entscheidet der Bodenwert. Der teure Neubau treibt dort den Preis für das alternative Clubprojekt auf der Brache nebenan. Die meisten anderen Bundesländer nutzen einen Mix aus Bodenwert und einer stark pauschalisierten Immobilienbewertung. Der Bund der Steuerzahler, der sonst für möglichst wenig Bürokratie streitet, klagt für mehr Einzelfallgerechtigkeit und gegen die Verwendung des Bodenwerts. Hinter diesen Klagen steht wahrscheinlich auch die Angst, dass die Bodenwerte den Weg zu einer Vermögensteuer ebnen könnten. Anders ist die große Aufregung angesichts der kleinen Beiträge kaum zu erklären. Einer **Schätzung von Stefan Bach (DIW)** zufolge würde eine höhere Bodenwertsteuer zu 28 Prozent von den reichsten 10 Prozent getragen.

Wo es mehr Informationen gibt:

- » Woher der Staat seine Einnahmen nimmt und wo für er sie ausgibt, haben wir für die Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler **aufbereitet**. Im Rahmen des Beteiligungsformats haben sich die Teilnehmenden – 40 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger – **auf 13 Vorschläge für die Politik** geeinigt. Der Tenor: Steuern auf sehr große Vermögen sollen steigen.
- » Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des deutschen Steuersystems in den letzten 100 Jahren gibt **Stefan Bach vom DIW Berlin**.

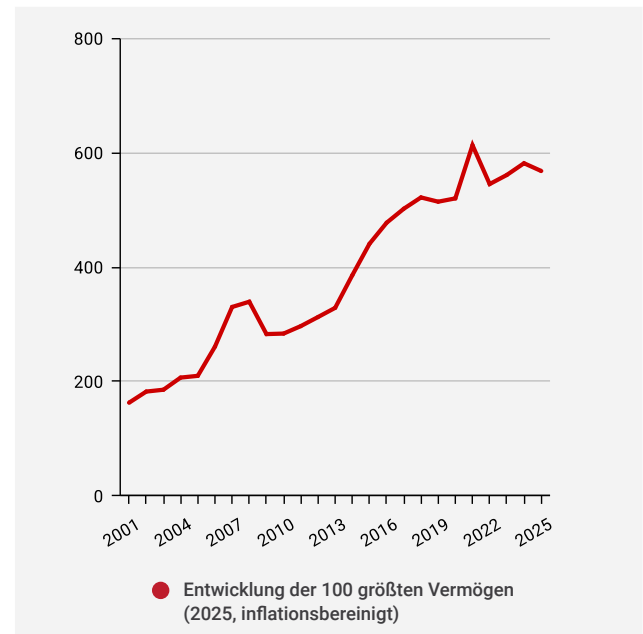
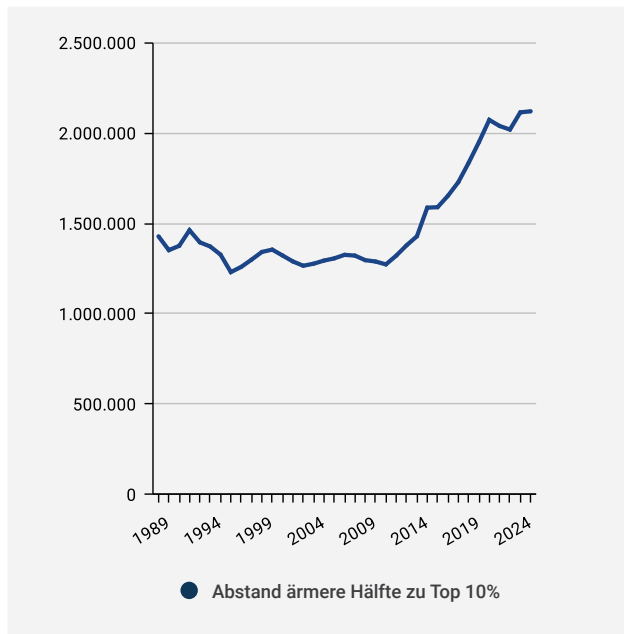
Die Verteilung von Vermögen und Einkommen

Warum das wichtig ist: Zu viel Ungleichheit ist schädlich. Sie führt zu Existenz- und Abstiegsängsten, gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Studien zeigen immer wieder: Weniger ungleiche Gesellschaften sind gesünder, sicherer und stabiler – und bieten eine höhere Lebensqualität für alle, auch für Wohlhabende. Wenn die Schere zwischen denen, die große Vermögen erben und von den Vermögenserträgen komfortabel leben können, und denen, die trotz Vollzeitarbeit den Anschluss verlieren, größer wird, leidet der bisher weit verbreitete Glaube an das Leistungsprinzip.

Viele Menschen in Deutschland empfinden die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen inzwischen als ungerecht und haben den Eindruck, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Der ***European Social Survey*** zeigt, dass sich eine stabile Mehrheit seit 2002 mehr Umverteilung wünscht. Zugleich haben viele Menschen Zweifel, ob der Staat dazu in der Lage ist. ***Befragungen*** machen zudem deutlich, dass viele Menschen nicht zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit unterscheiden und dadurch insbesondere das Ausmaß der Vermögensungleichheit, die deutlich höher ist als die der Einkommen, systematisch unterschätzen.

Was wir vorschlagen – einen wissenschaftlichen Reichtumsbericht als ersten Schritt zu einer informierten Debatte: Große Vermögen werden bisher nicht amtlich erfasst. Die Wissenschaft beruft sich stattdessen auf journalistische Reichenlisten. Auch in der Einkommensteuerstatistik besteht am oberen Ende eine große Lücke, weil die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge anonym erhoben wird. Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gilt man mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 4.200 Euro pro Monat oder jährlichen Vermögenserträgen von mehr als 5.000 Euro als reich. Weiter wird nicht differenziert. Für eine informierte öffentliche Debatte ist das unzureichend. Ein Reichtumsbericht sollte die Herkunft, Entwicklung und Verwendung großer Vermögen detailliert beleuchten. Er sollte untersuchen, wie sehr große Vermögen mit Unternehmertum und Zukunftsinvestitionen zusammenhängen und ob das Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit dient, so wie es das Grundgesetz fordert. 2026 wollen wir mit der Analyse der knapp 250 Milliardenvermögen die Grundlage für den Reichtumsbericht und eine gerechte Besteuerung von Vermögen schaffen.

Indikator 2: Das Vermögen der Wohlhabenden und Milliardäre



Grafik 3a, 3b: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich (Vermögen)

Quelle: Vermögen ärmere Hälfte und Wohlhabende: Bundesbank/World Inequality Database; 100 größte Vermögen (Stand 2025): eigene Berechnung basierend auf Manager Magazin

Der Indikator: Um die Schere zwischen Arm und Reich zu illustrieren, vergleichen wir den Abstand zwischen dem durchschnittlichen Vermögen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung und den reichsten 10 Prozent. Dafür nutzen wir vierteljährlich erscheinende Daten der Bundesbank (seit 2011) und aus der World Inequality Database (seit 1820). Beide unterschätzen zwar die allergrößten Vermögen, für unseren Indikator macht das aber kaum einen Unterschied.

2025 betrug der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Vermögen der unteren Hälfte und dem durchschnittlichen Vermögen der reichsten 10 Prozent etwa 2,6 Millionen Euro. Das entspricht bei einem Durchschnittslohn etwa 37,5 Jahre Arbeit – vor Steuern und Abgaben. Nach der Finanzkrise im Jahr 2008 ist dieser Abstand deutlich gewachsen, weil Aktienkurse und Immobilienpreise viel schneller gestiegen sind als die Einkommen. Die vermögenslose Hälfte hat von diesen Preisanstiegen nicht profitiert.

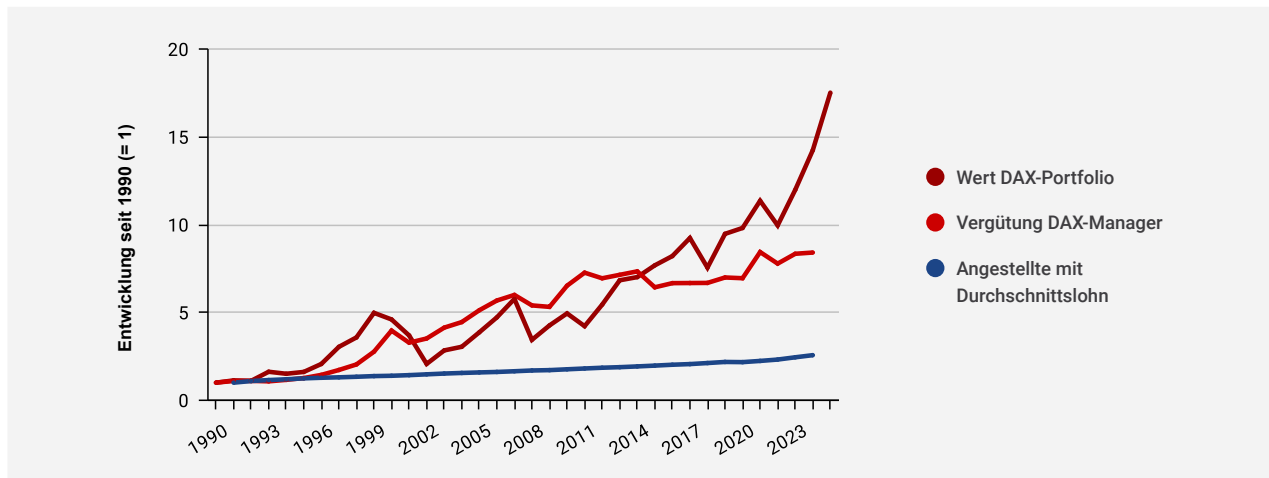
Um sichtbar zu machen, dass sich die Vermögen immer stärker am obersten Ende konzentrieren, verfolgen wir außerdem die Entwicklung der 100 größten Vermögen aus der aktuellen Reichenliste des Manager Magazin bis zur ersten Liste aus dem Jahr 2001 zurück.

Die 100 größten Vermögen summierten sich 2025 laut Manager Magazin auf 753 Milliarden Euro. Das ist inflationsbereinigt 3,5-mal so viel wie 2001. Und während diese 100 Milliardärsfamilien 2001 noch 72 Prozent des Vermögens der unteren Hälfte besaßen, waren es 2025 schon 180 Prozent, also fast doppelt so viel – und das, obwohl die größten Vermögen und ihr Wachstum im Manager Magazin deutlich unterschätzt sind.

Der Gini-Koeffizient ...

ist das Standardmaß für Ungleichheit in internationalen Vergleichen. Er fasst die Ungleichheit in einer Zahl zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (maximale Ungleichheit) zusammen. Dem gleichen Wert können aber ganz unterschiedliche Verteilungsmuster zugrunde liegen und die zunehmende Konzentration von Vermögen oder Einkommen am oberen Ende verändert den Wert kaum. Wenn sich die Vermögen der reichsten 100 Menschen von etwa 700 auf 1.400 Milliarden Euro verdoppeln, steigt der Gini-Koeffizient nur um 0,007. Wenn man umgekehrt die Hälfte der Vermögen der 5.000 reichsten Haushalte an die restliche Bevölkerung entsprechend ihrer jetzigen Anteile am Vermögen umverteilen würde, sinkt er lediglich um etwa 0,025. Deswegen ist der GINI kein geeigneter Wert, um die zunehmende Konzentration von Vermögen in wenigen Händen sichtbar zu machen.

Indikator 3: Das Einkommen der DAX-Manager und Eigentümer



Grafik 4: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich (Einkommen)

Quelle: Durchschnittliche DAX-Vergütung: eigene Berechnung basierend auf DSW/TUM und HU Berlin, nur Unternehmen, die seit 1990 ununterbrochen im DAX waren; Vielfaches des durchschnittlichen Bruttomonatslohns: Statistisches Bundesamt

Lesebeispiel: Seit 1990 haben sich die Durchschnittslöhne etwa verdoppelt. Die Vergütung der DAX-Manager ist um den Faktor 8, das DAX-Portfolio um den Faktor 17 gewachsen.

Der Indikator: Um die Schere zwischen Arm und Reich bei den Einkommen zu illustrieren, nutzen wir die Entwicklung der Vergütung der DAX-Vorstände und vergleichen sie mit dem Durchschnittslohn. Zur Höhe der Vergütung im DAX veröffentlicht die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) seit 2007 gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM) **jährlich** eine Analyse. Diese Daten vergleichen wir mit dem durchschnittlichen Bruttolohn.

Im Jahr 2024 lag die durchschnittliche Vergütung der DAX-Vorstände beim 86-fachen des Durchschnittslohns. 1991 betrug dieses Verhältnis noch das 29-fache, stieg jedoch bis zur Finanzkrise 2008 auf das 95-fache an. Trotz aller Appelle und Krisen ist es danach kaum gesunken. Wissenschaftliche Analysen kommen grob zusammengefasst zu dem Ergebnis, dass die Vergütung der DAX-Vorstände mit der Größe des Unternehmens steigt und kaum von der individuellen Leistung abhängt. Die DAX-Dividenden haben sich seit 1991 versiebenfacht. Der Wert eines Portfolios, das den DAX vollständig abbildet und Dividenden reinvestiert, ist seit 1990 um den Faktor 17 gewachsen.

Laut Einkommensteuerstatistik 2022 gab es rund **36.500** Einkommensmillionäre. Diese reichsten 0,1 Prozent erhielten etwa 5 Prozent aller steuerpflichtigen Einkommen. Ihr tatsächlicher Anteil am

Gesamteinkommen liegt aber noch einmal deutlich höher, weil sie zum einen einen erheblichen Teil der Kapitaleinkünfte beziehen, die aufgrund der Anonymität der Abgeltungsteuer statistisch nicht erfasst werden, und zum anderen ein großer Teil ihrer Unternehmensgewinne in Gesellschaften angespart wird und damit ebenfalls unsichtbar bleibt.

Laut Mikrozensus lebte **etwa 1 Prozent** der 25- bis 64-Jährigen vorwiegend vom Vermögen statt von Arbeit – die Reichsten nehmen an diesen Befragungen aber gar nicht teil.

Wo es mehr Informationen gibt:

» **2023** haben wir uns für die Hans-Böckler-Stiftung die größten Vermögen in Deutschland genauer angeschaut. Das Ergebnis: Die Reichenliste des Manager Magazins unterschätzt die Vermögen um etwa 50 bis 100 Prozent. Aktuell arbeiten wir an einem eigenen Reichtumsbericht mit Details zu Höhe, Herkunft, Besteuerung und Verwendung der Vermögen und Einkommen aller Milliardäre. Ein erstes Ergebnis: Die Milliardäre mit den größten Vermögen erzielen damit jährlich Einkünfte von deutlich mehr als einer Milliarde Euro pro Person (mehr dazu: [hier](#)).

Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen

Warum das wichtig ist: Ein auskömmliches Einkommen ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Wohlergehen. Gleichzeitig ist eine progressive und alle Einkommen umfassende Einkommensteuer die beste Lösung, wenn es darum geht, Menschen nach ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Menschen mit höherem Einkommen zahlen dann nicht nur absolut mehr, sondern auch einen größeren Teil ihres Einkommens. In Deutschland sorgt eine progressive persönliche Einkommensteuer zusammen mit dem sozialen Sicherungssystem für einen im internationalen Vergleich guten Ausgleich bei der Einkommensverteilung. Im internationalen Vergleich der *OECD* wird Deutschland oft als „Hochsteuerland“ für mittlere Arbeitseinkommen geführt und landet dabei auf Platz 2 hinter Belgien.

Aber gerade bei den Vermögenseinkommen, die sich besonders stark bei den Reichsten konzentrieren, gibt es eine ganze Reihe von Sonderregeln. Sie führen dazu, dass die effektive Abgabenquote für Milliardäre typischerweise niedriger ist als für Durchschnittsverdienende. Für Milliardäre ist Deutschland – genauso wie der größte Teil der restlichen Welt – Niedrigsteuerland. Sie profitieren vor allem davon, dass angesparte Unternehmensgewinne so lange von der Einkommensteuer befreit sind, bis sie auf dem Privatkonto landen. Dieses Sparprivileg sorgt dafür, dass ihre Vermögen besonders schnell wachsen. Der typische Steuersatz von Milliardären bezogen auf ihr wirtschaftliches Einkommen hat sich seit 1996 auf aktuell etwa 30 Prozent halbiert. Die weitgehend einzig verbleibende Steuer auf ihr Einkommen ist die Unternehmenssteuer und diese

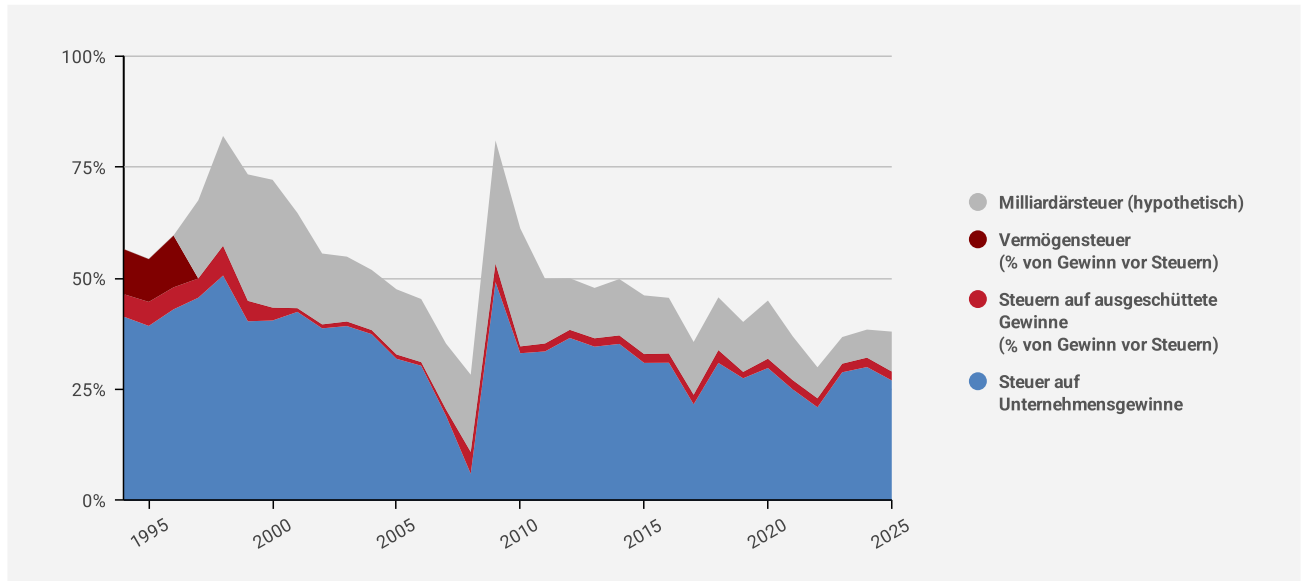
wurde in den letzten drei Jahrzehnten immer weiter gesenkt. Zudem werden nur auf einen sehr kleinen Teil ihrer Einkommen Sozialabgaben fällig.

Das mit der Steuersenkung verbundene Versprechen, dass Menschen mit großen Vermögen die niedrig besteuerten Vermögensgewinne besser als andere für ein nachhaltiges Wachstum und im Sinne der Allgemeinheit investieren, hat sich nicht erfüllt.

Schließlich haben neben den Milliardären auch die Millionäre von den steigenden Immobilienpreisen und Aktienkursen profitiert und tragen wegen der ausgesetzten Vermögensteuer trotzdem weniger zum Steueraufkommen bei als früher.

Was wir vorschlagen – eine Milliardärssteuer als Ausgleich für das Sparprivileg: Wer über ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro verfügt, soll darauf jährlich 2 Prozent Steuern zahlen. Das sorgt dafür, dass auch Milliardäre ungefähr so viel von ihren Gewinnen an den Staat abgeben wie die breite Mitte der Gesellschaft von ihrem Einkommen. Eine solche Steuer müsste in Deutschland von rund 5.000 Personen gezahlt werden und könnte Einnahmen von 10 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr bringen, je nachdem ob man die bereits gezahlte Einkommensteuer anrechnet und wie man deutsche Vermögen von Ausländern einbezieht. Die Milliardärssteuer schließt eine zentrale Gerechtigkeitslücke, muss aber durch weitere Maßnahmen zu einer gerechten Besteuerung von Vermögen ergänzt werden.

Indikator 4: Der Steuersatz der Milliardäre



Grafik 5: Der Steuersatz der Familie Quandt/Klatten hat sich seit 1996 fast halbiert

Quelle: eigene Darstellung basierend auf BMW-Geschäftsberichten, nur bezogen auf die Anteile der Familie an BMW und dem BMW-Gewinn, Vermögensteuer und Steuern auf ausgeschüttete Gewinne geschätzt

Der Indikator: Das International Tax Observatory unter der Leitung von Gabriel Zucman hat 2023 die Aufmerksamkeit der internationalen Debatte auf die effektive Besteuerung der Milliardäre gelenkt. Wir berechnen seit 2022 den typischen Steuersatz von Multimillionären und Milliardären in Deutschland und vergleichen ihn mit der Abgabenquote der Durchschnittsverdienenden. Weil amtliche Statistiken keine ausreichenden Daten zu den Einkommen und Vermögen der Superreichen enthalten, analysieren wir konkrete Milliardärsvermögen, um die effektiven Steuersätze näherungsweise zu bestimmen.

Stefan Quandt und Susanne Klatten gehören zur fünften Generation der Quandt-Dynastie und haben zusammen fast die Hälfte der Anteile an BMW geerbt. Dadurch zählen sie seit vielen Jahren zu den reichsten Menschen in Deutschland. Um ihren effektiven Steuersatz zu schätzen, nutzen wir den Gewinn vor Steuern, die Ertragsteuern und die gezahlten Dividenden aus den Geschäftsberichten von BMW. Zusätzlich schätzen wir die Steuern auf ausgeschüttete Gewinne unter der Annahme, dass konstant zwei Drittel der Dividenden an Beteiligungsgesellschaften und ein Drittel direkt an die Anteilseigner ausgeschüttet wurden. Schließlich berechnen wir anhand der jeweiligen Börsenwerte zum Jahresende die bis 1996 erhobene Vermögensteuer sowie eine hypothetische Milliardärsteuer von 2 Prozent für die Jahre danach.

2025 betrug der Steuersatz der BMW-Geschwister 29 Prozent. Seit 1996 hat sich dieser Steuersatz von etwa 60 Prozent ungefähr halbiert. Grund dafür war vor allem die schrittweise Senkung der Steuer auf einbehaltene Unternehmensgewinne (2001 und 2009) sowie die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer; auch die Senkung des Spitzensteuersatzes hat dazu beigetragen, allerdings nur in geringerem Umfang. Eine Milliardärsteuer von 2 Prozent könnte diese Steuer-senkungen nur teilweise ausgleichen. 2025 hätte sie zu einem effektiven Steuersatz der Geschwister von 38 Prozent geführt, also immer noch deutlich weniger als der Reichensteuersatz von 45 Prozent. Die fällige Steuer von 540 Millionen Euro hätten die beiden ohne Probleme aus der Dividende von etwa 1,3 Milliarden Euro bezahlen können.

Übrigens: Eigentümer großer Immobilien- oder Krankenhauskonzerne kommen häufig nur auf eine effektive Steuerquote von rund 20 Prozent, da für sie in vielen Fällen keine Gewerbesteuer anfällt. Und Klaus-Michael Kühne, Unternehmer und Großaktionär (u. a. Kühne + Nagel, Hapag-Lloyd), lag dank der Tonnagesteuer in den vergangenen Jahren sogar bei lediglich etwa 12 Prozent.

Was sonst noch wichtig ist:

- » **Die Durchschnittsverdiener:** Ein Ehepaar mit zwei Durchschnittsgehältern und zwei Kindern (Bruttoeinkommen: 120.000 Euro) zahlte 2024 insgesamt 12 Prozent Einkommensteuer. Hinzu kamen 20 Prozent Sozialabgaben. Inklusive der Sozialbeiträge, die der Arbeitgeber auf den Lohn abführen musste, lag die Belastung ihres Arbeitgeberbruttogehalts bei 43 Prozent. Für Singles waren es 47,9 Prozent. Damit belegt Deutschland laut OECD Platz 2 hinter Belgien.

- » **Fehlanreize durch Ehegattensplitting und Mini-job:** Verheiratete Paare profitieren steuerlich von großen Einkommensunterschieden. Je größer die Differenz, desto höher die Steuerersparnis. Im Extremfall – bei einem Einverdienst-Haushalt mit rund 550.000 Euro Einkommen – beträgt der Splittingvorteil derzeit etwas mehr als 20.000 Euro jährlich. Der Steuervorteil entsteht unabhängig davon, ob Kinder in der Ehe sind. Eine verfassungskonforme Reform, die den Vorteil für alle Ehen schrittweise abbaut, würde die Erwerbsanreize für verheiratete Frauen stärken und bis zu 14 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Auch die Beschränkung steuerlich privilegierter Minijobs würde geringfügige Beschäftigungsverhältnisse reduzieren und so insbesondere die soziale Absicherung von Frauen verbessern. Mit den freiwerdenden Mitteln könnte man das Kindergeld erhöhen, Familien mit kleinen und mittleren Einkommen gezielt entlasten und nebenbei die Sozialversicherungen stabilisieren.

- » **Das Problem mit der pauschalen und anonymen Abgeltungsteuer:** Zinsen unterliegen ausschließlich der pauschalen Kapitalertragsteuer von 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag. Hohe Zinseinkünfte werden somit oft³ deutlich geringer besteuert als Arbeitseinkommen. In den meisten Fällen wird die Steuer von Banken und Unternehmen einbehalten und anonym an den Staat überwiesen. Das sorgt für unnötige Intransparenz.

- » **Steuerfreie Veräußerungsgewinne:** Wertsteigerungen privat gehaltener Immobilien sind nach zehn Jahren Haltedauer steuerfrei, Kryptowährungen, Gold oder Kunst bereits nach einem Jahr. Diese Einkünfte sind gegenüber anderen Einkommensarten damit stark begünstigt. Zugunsten von Gewinnen aus veräußerten Immobilien verzichtet der Staat nach Schätzungen auf rund 6 Milliarden Euro jährlich.⁴ Bei Kryptowährungen könnte der Steuerverlust sogar bei über 7 Milliarden Euro liegen.⁵

Wo es weitere Informationen gibt:

- » Unsere Berechnungen zum Steuersatz eines typischen Multimillionärs und der Durchschnittsfamilie haben wir hier detailliert aufgeschrieben: Der Multimillionär ist ein typischer Vertreter der reichsten 0,1 Prozent. Er hat ein Vermögen von 23 Millionen Euro und Einkünfte von 1,65 Millionen Euro und arbeitet im geerbten Familienunternehmen. Auf sein gesamtes Einkommen zahlt er rund 21 Prozent Steuern (inkl. Unternehmensteuern) bzw. 24 Prozent inklusive Sozialabgaben. Ohne seine steuerfreien Veräußerungsgewinne aus privat gehaltenen Immobilien liegt der Steuersatz bei rund 26 Prozent. Der Abgabensatz der Durchschnittsfamilie ist fast doppelt so hoch.

- » Unseren Vorschlag zur Reform des Ehegattensplittings haben wir hier aufgeschrieben und in unserem Podcast ausführlich diskutiert.

³ Mit der pauschalen Besteuerung entfällt auch die Möglichkeit zum Werbungskostenabzug. Dadurch ist die effektive Steuerbelastung zum Teil höher.

⁴ Vgl. Bach, S.; Eichfelder, S. (2021): Reform der Immobilienbesteuerung: Bodenwerte belasten und Privilegien streichen, DIW Wochenbericht, Nr. 27/2021, S. 463–470.

⁵ Eigene Berechnung auf Grundlage Blockpit AG (2025): Krypto Steuer Studie 2025 – Deutschland. Blockpit AG. Vgl. auch: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) (2026): Krypto und der Fiskus – warum Deutschland sein Steuerrecht neu denken muss, DSTG Steuer Magazin, Ausgabe 3/2026, S. 6–10.

Steuern auf Erbvermögen

Warum das wichtig ist: Erbschaften und Schenkungen spielen für den Vermögensaufbau in Deutschland eine immer größere Rolle. Jährlich werden in Deutschland zwischen **300 und 400 Milliarden Euro** übertragen. Mittlerweile ist **mehr als die Hälfte** des privaten Vermögens geerbt und nicht mehr selbst erarbeitet. Rund drei Viertel der Milliardäre haben laut **einer auf der Forbes-Liste basierenden Analyse** ihr Vermögen ganz oder teilweise geerbt, so viele wie in keinem anderen großen Industrieland. Ohne Erbschaften würde es viel gerechter zugehen: Die reichsten 10 Prozent erhalten etwa **die Hälfte des gesamten Erbvermögens**, meistens in höherem Alter, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung kaum etwas bekommt. Menschen in Westdeutschland und **Männer profitieren stärker** als Frauen.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll laut **Artikel 123** der bayerischen Verfassung „die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner“ verhindern. Die im internationalen Vergleich sehr großzügigen Freibeträge sorgen dafür, dass die meisten Übertragungen steuerfrei sind und gar nicht in der Statistik auftauchen. 2024 wurden nur 113 Milliarden Euro steuerlich veranlagt. Darauf wurden knapp 10 Milliarden Euro Steuern gezahlt – also effektiv 9 Prozent und bezogen auf das geschätzte Gesamtvolumen der Übertragungen sogar nur rund 3 Prozent. Dabei betrifft die Steuer nur Wenige: Nur **rund 5 Prozent** der Deutschen zahlen sie im Laufe ihres Lebens.

Was wird besteuert

Wer das Familienheim erbt und dort einzieht, zahlt keine Steuer. Zusätzlich kann jedes Kind von jedem Elternteil noch 400.000 Euro steuerfrei geschenkt bekommen, also bei zwei Eltern 800.000 Euro, und das alle zehn Jahre. Jede Oma und jeder Opa kann noch 200.000 Euro dazu geben. Erst für darüber hinausgehendes Vermögen werden je nach Höhe 7 bis 50 Prozent Erbschaftsteuer fällig.

Von den Vermögen, die über den Freibeträgen liegen und in der Steuerstatistik erscheinen, ist etwa ein Viertel Unternehmensvermögen. Für diese Vermögen gibt es große Privilegien. Bis zu 26 Millionen Euro können steuerfrei übertragen werden, wenn die Erwerber die Anteile sieben Jahre lang nicht veräußern und in diesem Zeitraum die Lohnsumme mindestens auf dem bisherigen Niveau halten. Wer Unternehmensvermögen

im Wert von über 26 Millionen Euro erhält, kann einen Erlass der Steuer beantragen (sog. Verschonungsbedarfsprüfung). Voraussetzung dafür: Zum Zeitpunkt der Übertragung haben die Erben nicht ausreichend liquide Mittel zur Begleichung der Steuer. Großerben können sich dabei durch gezielte Gestaltung vor dem Finanzamt vermögenslos rechnen. Faktisch sorgt das dafür, dass sehr große Vermögen im Schnitt niedriger besteuert werden als mittlere Vermögen. Häufig profitieren Personen, die sich nicht aktiv im Unternehmen engagieren und als reine Anteilseigner keine besondere unternehmerische Verantwortung tragen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Privilegien für Unternehmenserben bereits mehrmals als zu weitgehend verworfen. Aktuell prüft das Bundesverfassungsgericht die Regelungen erneut und will im Jahr 2026 dazu entscheiden.

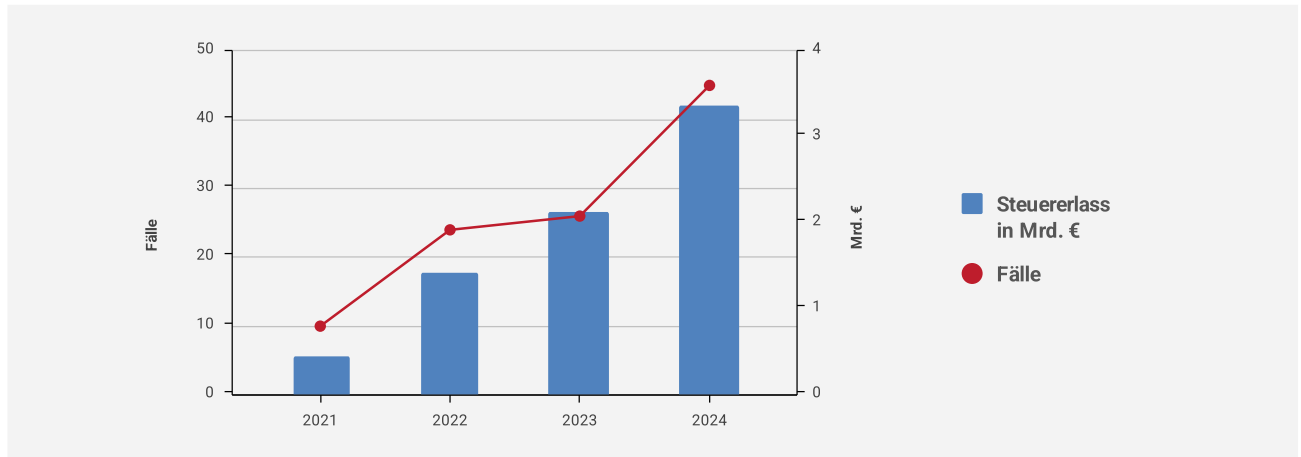
Sichern die Privilegien Arbeitsplätze und Innovation?

*Im Gegenteil! Wenn Kinder Unternehmen unabhängig von ihrer **unternehmerischen Eignung** übernehmen, ist das langfristig schlecht für den Unternehmenserfolg. Dies belegen mittlerweile eine ganze Reihe von (Meta-)Studien der **OECD** sowie der **Wissenschaftliche Beirat beim BME**. Auch kommen Studien aus **Dänemark, den USA, Frankreich, Deutschland und UK** zu dem Ergebnis, dass die Erben von Familienunternehmen im Schnitt schlechtere Unternehmenslenker sind.*

Was wir vorschlagen – große Erbschaften gerecht besteuern:

(1) Für Unternehmensvermögen sollte ein großzügiger und zusätzlicher Freibetrag gelten, zum Beispiel 5 Millionen Euro. Vermögen darüber hinaus sollten progressiv besteuert werden, der Steuersatz könnte aber für Unternehmensvermögen auf höchstens 30 Prozent begrenzt werden. Erben können bei Bedarf die Steuer in Raten über viele Jahre aus den Gewinnen abbezahlen – ähnlich wie bei Nicht-Erben, die für die Unternehmensgründung oder den Kauf des Unternehmens einen Kredit aufnehmen. (2) Davon, dass die persönlichen Freibeträge alle zehn Jahre erneut gelten, profitieren vor allem sehr vermögende Familien, die langfristig gestalten. Stattdessen sollte ein Lebensfreibetrag gelten. Er könnte zum Beispiel 1 Million Euro betragen und nach Verwandtschaftsgrad differenzieren. Hier geht's **zum ausführlichen Reformvorschlag** mit weiteren Details.

Indikator 5: Das Steuerprivileg für Großerben



Grafik 6: Steuererlasse für Großerben steigen stark

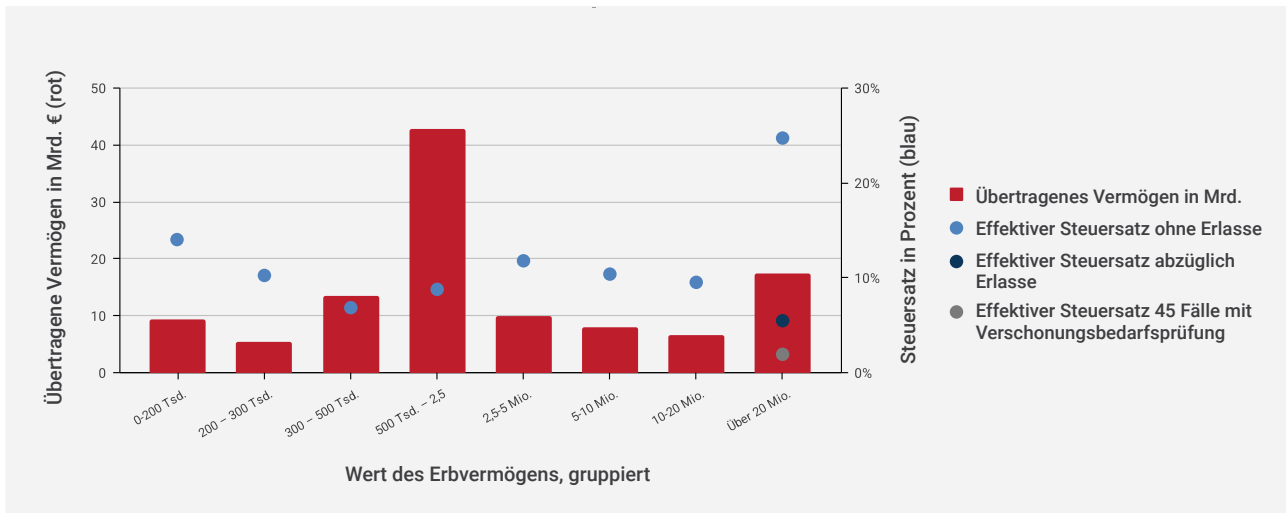
Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Indikator: Wer mehr als 26 Millionen Euro Unternehmensvermögen erbt oder geschenkt bekommt, muss darauf seit der Reform 2016 grundsätzlich Steuern zahlen. Es sei denn, er oder sie gilt als „bedürftig“, dann kann die Steuer erlassen werden. Daten zu diesem Privileg für Großerben finden sich nicht in der normalen Steuerstatistik. Auf unsere Nachfrage hin veröffentlicht das Statistische Bundesamt seit 2023 **gesondert Zahlen** dazu.

2024 profitierten 35 Individuen und zehn Stiftungen von der sog. Verschonungsbedarfsprüfung. Die Begünstigten erhielten Vermögen im Wert von 12 Milliarden Euro, im Schnitt also etwa 270 Millionen Euro pro Fall, zahlten darauf aber nur rund 2,5 Prozent Steuern. Zwölf der Begünstigten **waren Minderjährige**. Von der

eigentlich fälligen Steuer von 3,6 Milliarden Euro wurden 3,4 Milliarden Euro erlassen. Allein im Jahr 2024 kostet dieses Steuerprivileg pro Erwachsenem rechnerisch rund 50 Euro. Seit der erstmaligen Anwendung 2021 summieren sich die entgangenen Einnahmen auf über 7 Milliarden Euro. Weil es vor der letzten Reform 2016 große Vorzieheffekte gab und die Veranlagung seitens der Finanzämter mehrere Jahre dauert, wird dieser Betrag in den nächsten Jahren noch deutlich ansteigen.

Erben und Beschenkte kleinerer Vermögen müssen hingegen einen deutlich größeren Teil abführen. Sie zahlten im Schnitt rund 10 Prozent – entfernte Verwandte, die Aktienportfolios erben zahlen mehr, das Familienheim bleibt häufig steuerfrei.



Grafik 7: Der effektive Steuersatz ist bei großen Übertragungen niedriger als bei kleinen

Quelle: Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2024, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Lesehilfe: Die Balken geben das gesamte in der jeweiligen Vermögensklasse übertragene Erbschaft- und Schenkungsvolumen im Jahr 2024 wieder. Die Punkte zeigen den durchschnittlichen Steuersatz innerhalb der jeweiligen Vermögensklasse. Der dunkelblaue Punkt zeigt, dass nach Berücksichtigung der Steuererlasse bei Vermögen ab 20 Millionen Euro im Durchschnitt nur 5,9 Prozent Steuern gezahlt werden mussten. Der graue Punkt zeigt die 45 Fälle der Verschonungsbedarfsprüfung mit einem Steuersatz von rund 2 Prozent.

Was sonst noch wichtig ist:

- » **Die Erbschaftsteuer-Uhr tickt:** Seit 2009 haben alle Steuerprivilegien für Unternehmenserben zusammen die Allgemeinheit über 100 Milliarden Euro gekostet, also etwa 1.500 Euro pro Erwachsenem. Jede Sekunde kommen nach Schätzung der Bundesregierung knapp 17.000 Euro hinzu.
- » **Die bislang größte Erbschaftsteuerzahlung der deutschen Geschichte** ist 2025 angefallen. Weil die geplante Familienstiftung nicht rechtzeitig errichtet worden war, zahlten die Erben von Heinz Hermann Thiele (Knorr-Bremse) rund 4 Milliarden Euro. Ihre Unternehmensanteile mussten sie trotzdem nicht verkaufen (mehr [zu den Hintergründen](#) hier).

Wo es weitere Informationen gibt:

- » Jedes Jahr **analysieren wir die Steuerstatistik** und erklären die Auswirkungen der Schlupflöcher.
- » Lobbyorganisationen von Vermögenden gelingt es seit Jahren, die öffentliche Debatte von einer fairen Besteuerung abzulenken – hin zu Schreckensszenarien, in denen angeblich normale Haushalte von einer höheren Besteuerung betroffen wären. In unserem umfangreichen **Mythencheck** entkräften wir gängige Mythen.
- » In das aktuelle Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir uns 2023 mit einer **Stellungnahme** eingebracht und deutlich gemacht, warum die aktuellen Regelungen verfassungswidrig sind.

Steuern auf Unternehmensgewinne

Warum das wichtig ist: Die meisten Menschen leben vor allem vom Lohn für ihre Arbeit. Wer Anteile an einem Unternehmen besitzt, profitiert von den Unternehmensgewinnen. Diese Gewinne sind stark konzentriert. In Deutschland erwirtschaften **laut BMF** 10 Prozent der Unternehmen etwa 90 Prozent aller Gewinne. Die Unternehmensteuer sorgt dafür, dass ein Teil dieser Gewinne und damit auch die Vermögenseinkommen der Superreichen quasi an ihrer Quelle besteuert werden, und sie soll eigentlich die Staaten, in denen die Gewinne erwirtschaftet werden, daran beteiligen. Ein internationaler Unterbietungswettbewerb hat aber dazu geführt, dass die Steuersätze in den letzten Jahrzehnten weltweit gesunken sind.

Wie viel Steuer wird fällig?

Auf Unternehmensgewinne wird in Deutschland Körperschaftsteuer von 15 Prozent und ein Solidaritätszuschlag von effektiv 0,825 Prozent fällig. Die meisten Unternehmen zahlen zudem noch Gewerbesteuer. Der Steuersatz wird von den Gemeinden festgelegt und beträgt durchschnittlich 14 Prozent. Insgesamt zahlen Unternehmen hier also knapp 30 Prozent Steuern auf ihre Gewinne. Seit 2024 wird EU-weit und in vielen anderen Ländern eine Mindeststeuer von 15 Prozent fällig.

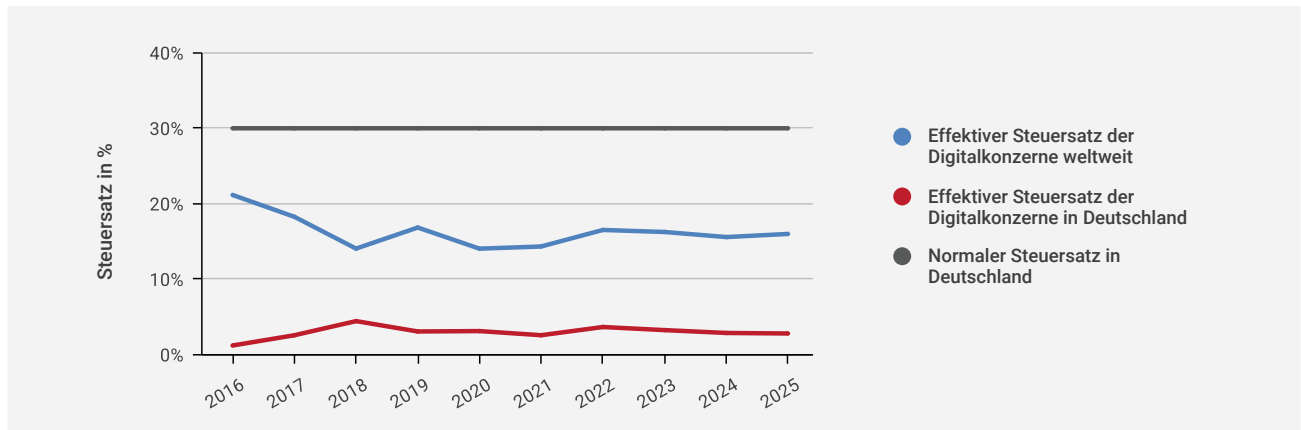
Unter Leitung der OECD haben sich mehr als 100 Länder erst 2015 und dann 2021 auf zwei Reformpakete gegen Gewinnverschiebung geeinigt, darunter eine globale Mindeststeuer von 15 Prozent. Trotz aller Reformbemühungen landen aber weiterhin jedes Jahr etwa 1.000 Milliarden Euro in Steueroasen. Gerade die größten und profitabelsten Konzerne zahlen deswegen oft den niedrigsten Steuersatz und verschaffen sich so einen ungerechten Vorteil. Die Umsetzung der 2021 beschlossenen Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung von Besteuerungsrechten bei großen Konzernen ist 2025 am Widerstand der USA gescheitert. Bis 2027 soll die UN einen neuen Vorschlag vorlegen.

Wo wird die Steuer fällig?

International tätige Konzerne müssen in jedem Land, in dem sie Fabriken, Büros und Mitarbeitende haben, eine Steuererklärung abgeben. Ein System aus internationalen Standards und Abkommen zwischen einzelnen Staaten soll dafür sorgen, dass Gewinne nur einmal versteuert werden. Theoretisch werden Steuern dort fällig, wo die Unternehmen ihre Gewinne erwirtschaften. In der Praxis ist das aber nicht immer einfach zu bestimmen und lässt vor allem denjenigen viel Spielraum, die grenzüberschreitend tätig sind und überdurchschnittlich hohe Gewinne erwirtschaften.

Was wir vorschlagen – eine Übergewinnsteuer für die größten und profitabelsten Konzerne: Einige wenige internationale Konzerne verfügen mittlerweile über Budgets, die jene vieler Staaten überschreiten. Sie sind zu mächtig für einen fairen Wettbewerb und zunehmend eine Herausforderung für die Demokratie. In den vergangenen Jahrzehnten lagen ihre effektiven Steuerbeiträge weniger als halb so hoch wie die ihrer lokalen Konkurrenten. Eine Übergewinnsteuer könnte das ändern. Sie könnte sich auf die von der OECD ausgearbeitete Definition von Übergewinnen und Verteilungsmechanismen berufen. Sie könnte wie die französische Digitalsteuer im nationalen Alleingang eingeführt oder aber auch in europäischer oder internationaler Zusammenarbeit beschlossen werden. Bei einem zusätzlichen Steuersatz von 50 Prozent auf die Übergewinne würde sie Deutschland nach unserer Schätzung Einnahmen von etwa 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Betroffen wären nur die etwa 200 größten und profitabelsten Unternehmen weltweit. Die fünf großen US-Konzerne (Alphabet, Amazon, Apple, Meta und Microsoft) würden dann auf ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne zusätzlich 6 Milliarden Euro zahlen.

Indikator 6: Der Steuersatz der Digitalkonzerne



Grafik 8: Steuersatz der Digitalkonzerne nach 10 Jahren Reform unverändert niedrig

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf Geschäftsberichten, teilweise extrapoliert, bereinigt um Sondereffekte. Effektiver Steuersatz in Deutschland bezogen auf die in Deutschland erwirtschafteten Gewinne, geschätzt basierend auf Anteilen an Umsatz und Mitarbeitern.

Der Indikator: Die wertvollsten und profitabelsten Unternehmen stammen fast alle aus den USA. Für unseren Indikator verfolgen wir seit 2021 die Entwicklung von fünf Unternehmen, Alphabet (Google), Amazon, Apple, Meta (Facebook, Instagram) sowie Microsoft, die in dieser Zeit die Liste angeführt haben. Mit einem Gesamtwert von 14 bis 15 Billionen Euro entsprachen sie knapp 3 Prozent des weltweiten Vermögens. Sie gehören gleichzeitig auch zu den aggressivsten Steuervermeidern.

2025 summierten sich die Gewinne der fünf Konzerne auf knapp 520 Milliarden Euro, mehr als der Bundeshaushalt. Darauf zahlten sie weltweit – nach Bereinigung von Sondereffekten – nur 16 Prozent Steuern. In Deutschland erwirtschafteten sie nach unserer Schätzung Gewinne von etwa 20 Milliarden Euro und zahlten darauf effektiv nur 3,2 Prozent Steuern. Seit dem ersten

Reformpaket der OECD im Jahr 2015 haben sich ihre Gewinne verdreifacht. Ihr effektiver Steuersatz hat sich dagegen kaum verändert.

Die Gewinne dieser Konzerne, die über viele Jahre – vor allem dank irischer Steuersparmodelle – nahezu steuerfrei blieben, mussten 2018 einmalig in den USA nachversteuert werden. Seitdem zahlen die Konzerne die irische Unternehmensteuer von 12,5 Prozent oder verschieben die Gewinne gleich in die USA, die für Gewinne aus dem Ausland den Steuersatz auf ein ähnliches Niveau abgesenkt hat. Ab 2024 wird dank der globalen Mindeststeuer in Irland erstmals eine Ergänzungssteuer von 2,5 Prozent fällig. Für Gewinne, die direkt in die USA verschoben werden und dort von Sonderregeln profitieren, verzichtet Deutschland aber auf Druck der USA auf lokale Strafsteuern.

Was sonst noch wichtig ist:

» **Deutsche Gewerbesteuer-oasen:** Für deutsche Unternehmen ist es schwieriger, im großen Stil Gewinne in internationale Steueroasen zu verschieben. Aber auch in Deutschland gibt es Steueroasen in Kommunen wie Monheim (in Nordrhein-Westfalen), Zossen (bei Berlin) oder in Grünwald (bei München). Vor allem größere Unternehmen und die Vermögensverwalter der Superreichen verursachen so nach unserer Schätzung einen jährlichen Schaden von etwa 1 Milliarde Euro. Die 2026 beschlossene Erhöhung des Mindesthebesatzes für die Gewerbesteuer dürfte den Schaden etwa halbieren.

Wo es weitere Informationen gibt:

» Unsere Studie **„Digitalkonzerne fair besteuern“** zeigt, wie Digitalkonzerne wie Booking.com, Microsoft und Alphabet den Großteil ihrer Gewinne in Steueroasen verschieben, warum die aktuellen Reformen noch nicht zu einer fairen Besteuerung führen und wie sich das ändern könnte.

» Unsere Studie **„Why the EU needs an excess profits tax“** analysiert, wie die 200 größten und profitabelsten Unternehmen der Welt unabhängig von Krisen – vor allem aufgrund von Marktmacht und Größe – kontinuierlich exzessive Profite erwirtschaften und wie eine Übergewinnsteuer das ändern könnte.

Steuern für Umwelt und Gesundheit

Warum das wichtig ist: Rund 42 Prozent der Steuereinnahmen stammen aus Steuern auf Konsum. Mit knapp 300 Milliarden Euro ist die Umsatzsteuer die ertragreichste Steuer nach der Einkommensteuer. Hinzu kommen Steuern auf Energie, Strom, Kraftfahrzeuge und Luftverkehr genauso wie auf Tabak, Kaffee, Schnaps, Bier, Schaumwein und Alkopops. Im besten Fall setzen sie einen Anreiz für umweltfreundliches und gesundes Verhalten. Gleichzeitig erhöhen sie die Preise für alle Konsumenten gleichermaßen, unabhängig von deren Einkommen, und belasten somit Menschen mit niedrigem Einkommen stärker, weil diese einen größeren Teil ihres Einkommens für den Konsum verwenden.

Die Umsatzsteuer steht aktuell wieder im Fokus der Debatte. Dass für viele Güter des täglichen Bedarfs statt des regulären Satzes von 19 Prozent nur 7 Prozent gelten, führt *laut Bundesrechnungshof* zu Mindereinnahmen von rund 35 Milliarden Euro pro Jahr. Davon entfallen **5 Milliarden Euro** auf die Ermäßigung für Fleisch und 2 Milliarden Euro auf Süßigkeiten. 2023 war eine Kommission für eine Reform vorgesehen, aber eine interne **E-Mail aus dem BMF** zeigt, dass es dafür kein Interesse gab, weil „(...) wir uns hinsichtlich der politischen Realitäten, was die Umsetzbarkeit solcher Vorschläge angeht, vollkommen im Klaren sind“. Stattdessen hat die aktuelle Bundesregierung den Steuersatz für die Gastronomie gesenkt, was nach **Prognosen der Bundesregierung** allein für 2026 3,6 Milliarden Euro kostet, aber neben den Gastronomen überproportional einkommensstarken Haushalten zugute kommt. Mit einem Steuersatz von 19 Prozent liegt Deutschland bei der Umsatzsteuer unter dem EU-Durchschnitt von etwa 22 Prozent. Eine Erhöhung um 1 Prozentpunkt würde Mehreinnahmen von etwa 15 Milliarden Euro bringen. Bereits 2008 hat eine Koalition aus Union und SPD so Steuersenkungen für Unternehmen finanziert. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung ist zwar keine Erhöhung vorgesehen, aber weder **Friedrich Merz** noch **Lars Klingbeil** wollten sie Anfang 2026 ausschließen.

Auch über Steuern auf gesundheitsschädliche Produkte wird aktiv diskutiert. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Steuern auf Tabak,

Alkohol und Zucker in Deutschland niedrig. Wein wird anders als Bier und Schnaps gar nicht besteuert. Eine Zuckersteuer sorgt in einigen EU-Ländern für einen niedrigeren Zuckergehalt von Getränken und hat auch in Deutschland etliche Fürsprecher.⁶

Die Umweltsteuern machen aktuell 7,6 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus.⁷ Weil es sich dabei aktuell um Mengensteuern handelt, die auch bei steigenden Preisen gleich bleiben, sinkt ihr Anteil seit Jahren. 2005 waren es noch über 12 Prozent. Im EU-Vergleich ist Deutschland kein Vorreiter bei den Umweltsteuern, sondern landet nur auf Platz 21 von 27.

Finanztransaktionen sind seit der Abschaffung der Börsenumsatzsteuer 1991 von der Umsatzsteuer befreit. Eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene findet sich zwar im Koalitionsvertrag, wurde durch die **EU aber gerade wieder verworfen**. Parallel dazu wird auf EU-Ebene derzeit über die Wiedereinführung einer Umsatzsteuer für Finanzdienstleistungen **gesprochen**.

Was wir vorschlagen – ein ökologisches und gesundes Steuersystem: Das Steuersystem muss auch dem Schutz von Umwelt und Gesundheit dienen. Dabei entsteht ein Spannungsfeld: Höhere Abgaben auf schädlichen Konsum – etwa auf fossile Energien, Alkohol, Tabak oder Zucker – sollen Lenkungswirkung entfalten und gesellschaftliche Folgekosten einpreisen. Zugleich erhöhen sie aber die Preise für alle und belasten Menschen mit niedrigen Einkommen stärker.

Entscheidend ist daher das Gesamtpaket. Auch höhere Abgaben auf schädlichen Konsum der breiten Bevölkerung sind sinnvoll, müssen aber durch gezielte Entlastungen – etwa bei pflanzlichen Grundnahrungsmitteln oder Reparaturen – sowie durch Ausgleichszahlungen wie ein Klimageld sozial abgefedert werden. Zudem sollten gemäß dem Verursacherprinzip Abgaben auf besonders ressourcenintensive Luxusgüter eingeführt werden, etwa auf große Autos, Privatjets oder andere besonders emissionsintensive Flüge. Ebenfalls progressiv wirken könnten ein **Gewinnsteueraufschlag für fossile Brennstoffindustrien**, eine **CO₂-basierte Vermögensteuer** oder eine **grüne Finanztransaktionssteuer**.

⁶ Vgl. **Public Health Index** der AOK. Die **Finanzkommission Gesundheit** empfiehlt ebenfalls eine Erhöhung der Steuern auf Tabak, Alkohol und zuckerhaltige Getränke. Ein erster Gesetzentwurf zur Zuckerabgabe aus dem Bundesgesundheitsministerium rechnet mit 450 Millionen Euro **Mehreinnahmen**.

⁷ Bezogen auf die kassenmäßigen Steuereinnahmen, inklusive EU-Zertifikatehandel und CO₂-Preis, mit einem Aufkommen von etwa **21 Milliarden Euro** (ca. zwei Prozent in Bezug auf das Gesamtsteueraufkommen) aber ohne LKW-Maut, Gebühren für Abfall und Abwasser.

Indikator 7: Die Steuer auf den Privatjet-Flug

Mallorca-Flug (verschiedene Steuern)	<i>Frankreich</i>	Im Privatjet: 425 Euro. In Economy-Class: 12 Euro.	Deutschland	Im Privatjet: 13 Euro. In Economy-Class: 14 Euro
Auto (Benzin-SUV, private Nutzung)	<i>Dänemark</i>	Einmalige Erwerbsteuer (Luxussteuer) und Kfz-Steuer: 45.839 Euro	Deutschland	Keine Erwerbsteuer, nur Kfz-Steuer: 1.946 Euro
Alkohol (verschiedene Steuern)	<i>Finnland</i>	Pro Liter reiner Alkohol: 36 Euro (Bier) bis 57 Euro (Schnaps) EU-Durchschnitt: 10 bis 24 Euro	Deutschland	Pro Liter reiner Alkohol: 2 Euro (Bier) bis 13 Euro (Schnaps)
Zigaretten (Tabaksteuer)	<i>Irland</i>	11,33 Euro pro Packung Zigaretten EU-Durchschnitt: ca. 6,50 Euro	Deutschland	4,24 Euro pro Packung Zigaretten
Zucker (Steuer auf Softdrinks)	<i>Finnland</i>	0,59 Euro pro Liter für Getränke mit mehr als 11 g Zucker pro 100 ml (ab 1.4.2026)	Deutschland	Keine

Grafik 9: Wo das deutsche Steuersystem gesünder und umweltfreundlicher sein könnte

Der Indikator: Indikator 7 untersucht anhand verschiedener Beispiele die Besteuerung von ungesundem und umweltschädlichem Konsum in Deutschland, zeigt wo das deutsche Steuersystem zu wenig oder in die falsche Richtung lenkt⁸ und wo das in anderen EU-Ländern besser gelingt.

2026 stellen wir den Flugverkehr in den Fokus. Die Luftverkehrssteuer **sinkt ab Juli 2026** wieder auf das Niveau von 2024. Als pauschale Abgabe pro Ticket trifft sie günstige Flüge deutlich stärker. Bei besonders schädlichen Flügen im Privatjet fällt die Abgabe dagegen kaum ins Gewicht. Gewerblich genutzte Privatjets sind außerdem von der Kerosinabgabe befreit und können sogar von der Umsatzsteuer befreit werden. Privatjets und Yachten werden deswegen häufig in Steueroasen registriert, die die gewerbliche Nutzung nicht konsequent überprüfen, z. B. der Isle of Man oder Malta.

International schlagen mittlerweile 14 Staaten eine **Solidaritätsabgabe** für Business Class-Tickets und Privatjets vor. In **Frankreich** gibt es die bereits seit 2006. Dort werden auf den Privatjet-Flug nach Mallorca etwa 430 Euro Steuern fällig. In Deutschland dagegen nur 13 Euro. Ein entsprechender **Antrag der Grünen** für Deutschland wurde 2025 im Bundestag **abgelehnt**.

Wenn man in Dänemark einen Verbrenner-SUV fahren möchte, muss man neben der jährlichen Kfz-Steuer von knapp 4.000 Euro auch noch eine einmalige Erwerbsteuer (Luxussteuer) von mehr als 40.000 Euro zahlen. In Deutschland wird lediglich die Kfz-Steuer von knapp 2.000 Euro fällig. Bei der Nutzung als Dienstwagen sinkt die Kfz-Steuer auf 778 Euro und durch das Dienstwagenprivileg sowie die Abschreibung auf Unternehmensebene entsteht unterm Strich sogar ein Steuervorteil von 2.534 Euro.

Die Steuern auf Alkohol sind in Deutschland im europäischen Vergleich ebenfalls niedrig, auf Wein fällt gar keine Steuer an. Auch bei Zigaretten liegt Deutschland unter dem EU-Schnitt. Eine Zuckersteuer nach dem Vorbild von Finnland oder Großbritannien könnte in Deutschland dafür sorgen, dass Getränke weniger Zucker enthalten.

Wenn wir Autos, Zigaretten, Alkohol und Zucker so besteuern würden wie in den jeweils am stärksten besteuerten EU-Ländern, ergeben sich rein rechnerisch Mehreinnahmen bis zu 35 Milliarden Euro.⁹ Hinzu kommt das Umsteuerungspotenzial der Umsatzsteuer – z.B. beim bisher ermäßigten Steuersatz für Süßigkeiten.

⁸ Den Einnahmen stehen oft deutlich höhere aber schwer zu schätzende gesellschaftliche Kosten entgegen. **Ein Bericht** schätzt die Kosten von Alkoholkonsum auf 41 Milliarden Euro bei Einnahmen aus den Steuern von 3 Milliarden Euro, für Tabak 99 Milliarden Euro Kosten und 15 Milliarden Euro Einnahmen.

⁹ Annahmen: Für Autos wurde die dänische Steuerbelastung pro Dienstwagen (SUV-Verbrenner, knapp 70.000 Euro über vier Jahre) auf die Zahl der betroffenen Autos in Deutschland (geschätzt 700.000) berechnet (ca. 11 Milliarden Euro). Bei Steuern auf Tabak und Alkohol wurde der Anteil der Steuern am BIP in Finnland auf Deutschland übertragen (ca. 20 Milliarden Euro). Für Zucker wurde die finnische Steuer (0,59 Euro pro Liter) auf den deutschen Konsum (6,7 Milliarden Liter) berechnet (ca. 4 Milliarden Euro).

Was sonst noch wichtig ist:

- » **Steuern für Verpackungen und Plastik:** Seit 2021 fällt in der EU eine Abgabe von 80 Cent pro Kilogramm Kunststoffverpackung an. Bis heute zahlt die Bundesregierung dafür etwa 1,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt an die EU. Unabhängig davon erhebt Tübingen seit 2022 eine Steuer auf Einwegverpackungen. Für ein typisches Big Mac-Menü werden 2 Euro fällig.¹⁰ Eine Klage gegen die Steuer hat McDonalds mittlerweile verloren. Konstanz und Freiburg haben sich danach dem Beispiel angeschlossen. Für einige Einwegverpackungen zahlen auch die Hersteller seit 2025 deutschlandweit eine Abgabe mit einem geplanten Aufkommen von 0,5 Milliarden Euro an den Einwegkunststoff-Fonds des Umweltbundesamts zur Finanzierung der Reinigung in den Kommunen.
- » **EU-Zertifikatehandel und CO2-Preis:** Seit 2005 sind Unternehmen in der EU verpflichtet, Zertifikate für ihre CO2-Emissionen zu kaufen. In Deutschland sind davon etwa 1.700 Industrieanlagen betroffen.

Der Preis lag zuletzt bei etwa 70 Euro pro Tonne. Der Luftverkehr ist seit 2012, der Seeverkehr seit 2024 erfasst – allerdings mit Lücken für Privatjets und Yachten. Seit 2026 gilt die Zertifikatspflicht auch für einige Importeure von außerhalb der EU (**CBAM**). Deutschland hat bereits 2021 zusätzlich einen nationalen Emissionshandel für Mineralölverkäufer eingeführt. Eine Tonne kostet da aktuell 55 Euro, also etwa 16 Cent pro Liter Benzin. Die für 2027 geplante Überführung in einen zweiten EU-weiten Handel wurde auf 2028 verschoben. Die Ampelkoalition hatte geplant, die Einnahmen als Klimageld an die Bürger auszusahlen. 2025 wurde immerhin die Einrichtung des **Direktauszahlungsmechanismus** abgeschlossen und die Arbeiten an der Möglichkeit von einkommensabhängigen Zahlungen begonnen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht aber kein Klimageld vor.

¹⁰ Dreimal 50 Cent pro Packung, 20 Cent für den Strohalm und zusätzlich 19 Prozent Umsatzsteuer auf die Verpackungsteuer.

Steuerhinterziehung und Geldwäsche

Warum das wichtig ist: Jedes Jahr verliert der Staat nach unserer Schätzung etwa 100 Milliarden Euro, also rund 10 Prozent seiner Einnahmen, durch Steuerhinterziehung. Offizielle Schätzungen dieser Steuerlücke gibt es in Deutschland anders als in vielen anderen EU-Ländern nicht. Die Bundesregierung begründet das mit dem hohen Aufwand. Noch wichtiger als die Höhe des Schadens ist aber die Analyse der Struktur. Nur wenn bekannt ist, wo der Schaden entsteht, lässt er sich auch gezielt bekämpfen. Mit einer Steuerlückenschätzung könnte man die Arbeit der Finanzverwaltung beurteilen und die verfügbaren Ressourcen strategisch einsetzen.

Wir schätzen, dass etwa zwei Drittel des Schadens durch eine Vielzahl von kleineren Fällen entstehen. Stärkere Kontrollen und höhere Strafen stoßen hier irgendwann an eine Grenze, ab der sich der Aufwand für zusätzliche Prüfungen nicht mehr lohnt. Schon heute gibt es Bereiche im Steuersystem, in denen eher zu viel kontrolliert wird und Vereinfachungen, Pauschalen und eine stärkere Automatisierung für Entlastung von Steuerpflichtigen und Verwaltung sorgen könnten, ohne die Einnahmen zu stark zu senken. Auf der anderen Seite entfällt etwa ein Drittel des Schadens auf wenige große Fälle schwerer Steuerhinterziehung und organisierter Kriminalität, zum Beispiel auf Umsatzsteuerkarusselle, anonyme Offshore-Vermögen oder Finanzmarktkriminalität wie Cum-Ex. Hier gilt viel zu oft, was die ehemalige Staatsanwältin Anne Brorhilker in ihrem Buch zu den Cum-Ex-Ermittlungen schreibt: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.“ Das ist ungerecht und gefährdet die Steuermoral.

Im Februar 2026 haben die Bundesministerien für Inneres, Justiz und Finanzen in einem gemeinsamen Aktionsplan eine Zeitenwende bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität angekündigt. Ein erster Gesetzentwurf dazu sieht vor, den Zoll zu stärken, mit der Bekämpfung von Geldwäsche zu beauftragen und den Austausch zwischen Zoll und BKA zu intensivieren. Eine operative Einheit, die komplexe Fälle auf Bundesebene bearbeitet, fehlt bisher aber im Entwurf und die Steuerbehörden der Länder mit ihrer für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität zentralen Expertise

bleiben außen vor. Steuerhinterziehung wird weiter nicht als Vortat für Geldwäsche anerkannt (Stichwort ersparte Aufwendungen).

Was wir vorschlagen – mehr Personal und Fokus auf komplexe Fälle:

» **Mehr Personal:** Der Kampf gegen Steuerhinterziehung lohnt sich. Deutschlandweit gibt es etwa 100.000 Finanzbeamte. 13.000 davon prüfen Unternehmen, 2.500 fahnden nach Steuerhinterziehern. Gemeinsam stellten sie 2024 zusätzliche Steuerforderungen von rund 13,5 Milliarden Euro. Also knapp 1 Million Euro pro Prüfer. Die Zahl der Steuerfahnder ist seit vielen Jahren etwa konstant. Im Vergleich dazu stellten bei der 2004 gegründeten Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls 9.500 Prüfer einen Schaden von 675 Millionen Euro fest, also etwa 70.000 Euro pro Beamten. Bis 2029 soll das Personal dort auf 11.500 aufgestockt werden. Diese Vorzugsbehandlung ist angesichts des Schadens nur schwer nachvollziehbar. Um komplexe Wirtschafts- oder Finanzkriminalität konsequent zu bestrafen, fehlen außerdem Staatsanwälte und Richter.

» **Wirkungsorientierung und bessere Daten:** Wegen der demografischen Entwicklung fällt es den Finanzbehörden zunehmend schwer, die Personalzahlen auch nur zu halten. Umso wichtiger wird es, das vorhandene Personal strategisch einzusetzen. Dafür braucht es eine regelmäßige Steuerlückenschätzung und eine systematische Evaluation der Arbeit der Länderfinanzverwaltungen. Der Bund sollte dafür vergleichbare Kennzahlen zu Personalausstattung und best practices bei der Verfolgung von komplexen Fällen für alle Bundesländer veröffentlichen¹¹ und mit den Bundesländern Zielvereinbarungen zum Steuervollzug treffen. Bisher fokussieren sich diese Vereinbarungen auf die Bearbeitungsgeschwindigkeit von Steuererklärungen und die Fallzahl pro Prüfer und bieten deswegen keinen Anreiz für eine ausreichende Personalausstattung auf operativer Ebene und eine sorgfältige

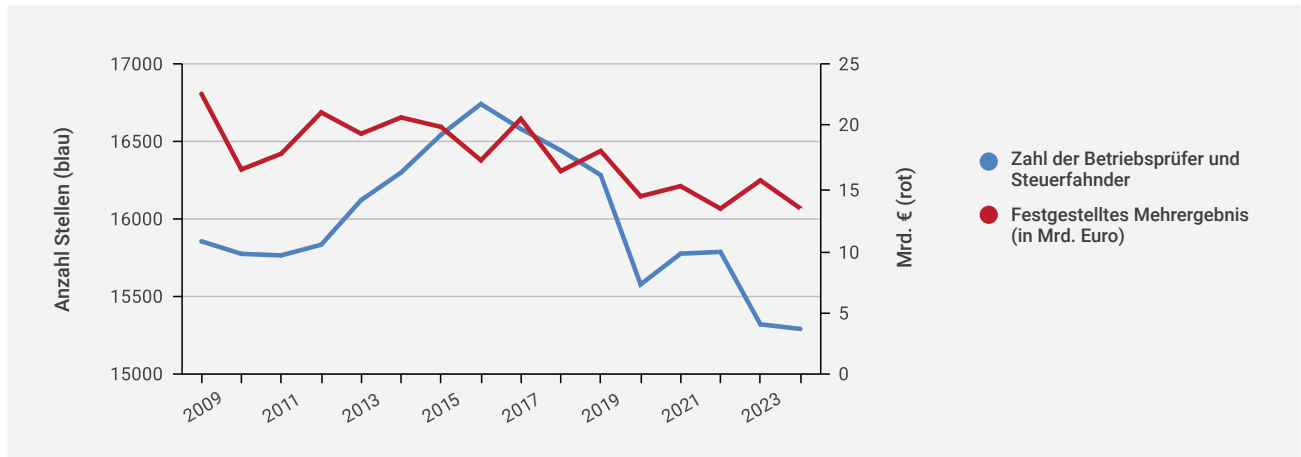
¹¹ Das Bundesfinanzministerium verweigert eine Aufschlüsselung der Daten regelmäßig mit Verweis auf die Länder. Die letzte Veröffentlichung von Vergleichszahlen durch das BMF liegt mittlerweile 25 Jahre zurück.

Bearbeitung großer Fälle. Für eine Fokussierung der Arbeit brauchen die Behörden außerdem bessere Daten, zum Beispiel über eine ausführlichere E-Bilanz und E-Rechnungen, zu Kapitalerträgen oder zu wirtschaftlich Berechtigten hinter komplexen Eigentümerstrukturen.

- » **Fokus auf komplexe Fälle:** Die Arbeit der Finanzverwaltung ist Aufgabe der Länder. Die 2021 gestartete Europäische Staatsanwaltschaft zeigt, wie wichtig bessere Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ist, und fokussiert sich auf die effektive Bekämpfung von grenzüberschreitendem Umsatzsteuerbetrug (mit Schaden von mehr als 10 Millionen Euro) sowie Betrug, Korruption und Geldwäsche mit EU-Finanzmitteln. 21 delegierte Staatsanwälte haben für Deutschland **2025** einen Schaden von 5,77 Milliarden Euro festgestellt, wovon 4,52 Milliarden Euro Schaden aus Umsatzsteuer- und Zollbetrug darstellen. Einzelne Bundesländer haben in den letzten Jahren außerdem zentrale Sondereinheiten gegründet. Das Bundesfinanzministerium sollte deren Arbeit evaluieren und durch eine operative Einheit auf Bundesebene ergänzen, die komplexe, bundesweite und grenzüberschreitende Fälle übernimmt. Sie könnte beim Zoll angesiedelt sein und Stellen für Abgesandte aus den Steuerfahndungen der Länder und dem BKA vorsehen.

- » **Digitalisierung:** Im Bericht „*Mind the Gap*“ der EU-Kommission wird in Deutschland bemängelt, dass die digitale Transformation der Steuerverwaltung nur sehr langsam voranschreitet. Auch der **Bundesrechnungshof** fordert seit Jahren einen verbindlichen Zeitplan für die gemeinsame Softwarestrategie der deutschen Steuerverwaltung (KONSENS). Eine zentrale Auswertung von Daten und eine gemeinsame Fahndungsdatenbank bei der neu zu schaffenden Bundesfinanzpolizei sollten diese Bemühungen ergänzen.

Indikator 8: Zahl der Steuerfahnder und Betriebsprüfer



Grafik 10: Die Zahl der Prüfer und der festgestellte Schaden sinken seit Jahren

Quelle: Zahl der Betriebsprüfer der Länder und des Bundeszentralamts für Steuern sowie Steuerfahnder, basierend auf Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen.

Der Indikator: Eigentlich kommt es auf das Ergebnis an – also darauf, wie gut es der Finanzverwaltung gelingt, große und komplexe Fälle aufzudecken und konsequent zu verfolgen. Aus den verfügbaren Daten lässt sich das jedoch nicht ablesen. Weder wird sichtbar, in welchen Bundesländern besonders effektiv gearbeitet wird, noch in welchen Bereichen. In der politischen Debatte steht deshalb oft die Zahl der Prüfer und das festgestellte Mehrergebnis im Fokus. Aus Mangel an besseren Daten versuchen wir, deren Entwicklung zumindest so genau wie möglich zu verfolgen.

Die Zahl der Prüfer wird von den Ländern festgelegt. Grundlage dafür ist eine bundesweite Personalbedarfsplanung, die den Bedarf vor allem an der Wirtschaftsleistung misst und zudem die bundesweite Zahl der Steuerfahnder seit 1998 auf 2.900 deckelt. Bei Geld- oder Personalmangel weichen einige Länder aber von diesem Bedarf ab und setzen eigene Prioritäten. Schleswig-Holstein weist für die gesamte Verwaltung beispielsweise eine Lücke von 17,2 Prozent aus, bei der Steuerfahndung sind es 30 Prozent, bei der Betriebsprüfung sogar 40 Prozent. Prüfer aus mehreren Ländern berichten, dass sie in Krisenfällen als erste von ihrer Arbeit abgezogen werden – zum Beispiel in den Corona-Stab oder für die Grundsteuer. Um das offenzulegen, schlüsseln wir die Ausstattung der Prüfendienste im Datensatz zum Indikator so weit wie möglich nach Bundesländern und Bereichen auf.

Das festgestellte Mehrergebnis ist ein unvollständiger Indikator für das Ergebnis der Prüfungen. Es bezieht sich auf den Unterschied zwischen der Steuererklärung und der Feststellung des Prüfers, auch wenn es sich zum Beispiel lediglich um einen Vorzieheffekt handelt oder der Schaden wegen Einstellung des Verfahrens oder Insolvenz nie eingetrieben wird. Der Fokus auf das Mehrergebnis erzeugt einen Anreiz, viele und möglichst lohnenswerte Fälle mit minimalem Zeitaufwand zu bearbeiten, nicht aber komplexe Fälle konsequent zu ermitteln.

2024 ist die Zahl der Steuerfahnder und Betriebsprüfer um 0,18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gemeinsam haben sie 175.000 Prüfungen (Steuerfahndung: 34.200, Betriebsprüfung: 140.800¹²) durchgeführt und 13,5 Milliarden Euro Mehrergebnis (Steuerfahndung: 2,6 Milliarden Euro, Betriebsprüfung: 10,9 Milliarden Euro) festgestellt. **Laut BMF** haben die Bußgeld- und Strafsachenstellen der Finanzämter knapp 50.000 Strafverfahren mit 5.600 Verurteilungen wegen Steuerhinterziehung in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Euro und 1.635 Jahren Freiheitsstrafen erledigt (**BMF-Monatsbericht November 2025**). Rein rechnerisch sind das knapp 80.000 Euro Mehrergebnis pro Prüfung und 250.000 Euro Schaden pro Verurteilung.

¹² Zum 1.1.2024 wurden die Größenklassen der Unternehmen per **BMF-Schreiben** an die Inflation angepasst. Dadurch ist die Prüfquote für Groß- und Mittelunternehmen deutlich angestiegen. Die absolute Zahl der Prüfungen ist aber gesunken.

Was sonst noch wichtig ist:

- » **Die Verfolgung von Steuerdelikten im Vergleich mit anderen Delikten:** Wo besonders konsequent bestraft und effizient gearbeitet wird, lässt sich nur schwer vergleichen. Aber einige Unterschiede sind auffällig: Für Schwarzfahren gibt es mehr als fünfmal so viele Verurteilungen wie für Steuerhinterziehung, obwohl der Schaden nur knapp ein Hundertstel (**1 Milliarde Euro**) beträgt. Etwa zehnmal so viele Ordnungskräfte wie Steuerfahnder sind im Einsatz, um Falschparker zu ahnden, die Einnahmen aus den Bußgeldern decken jedoch gerade die Kosten. Die Deutsche Rentenversicherung hat 2024 fast 400.000 Unternehmen geprüft und Zusatzeinnahmen von 700 Millionen Euro eingetrieben. Das sind nur 1.750 Euro pro Prüfung. Dafür wird stärker automatisiert und mit besseren Daten geprüft.

- » **Fortschritt bei der Bekämpfung von Cum-Ex und Cum-Cum:** Kriminelle Anwälte, Steuerberater, Vermögensverwalter und Finanzmarktakteure, die es am wenigsten nötig haben, haben sich schamlos bereichert. Die Aufarbeitung kommt aber nur schleppend voran. Ende 2024 ist die Zahl der rechtskräftig abgeschlossenen Cum-Ex-Fälle (von 174 auf 188) und rechtsgültigen Rückforderungen (von 3,05 auf 3,12 Milliarden Euro) nur leicht gestiegen. Der Großteil der Fälle befindet sich noch in Bearbeitung (353) oder wurde noch nicht einmal gestartet. Für 2026 erwarten Beobachter **nur zwei neue Anklagen** durch die Staatsanwaltschaft in Köln. Der Leitende Oberstaatsanwalt in Köln schätzt, dass es noch zu **fünf bis sieben Anklagen** kommen könnte. Bei Cum-Cum steht die Bearbeitung noch ganz am Anfang. Vom geschätzten Schaden von 28,5 Milliarden Euro wurden bis Ende 2024 nur 226,7 Millionen zurückgefordert und 253 Fälle mit einer Schadenssumme von 7,3 Milliarden Euro befinden sich in Bearbeitung (+1 Milliarde Euro, +13 Fälle). Trotz der Verlängerung der Aufbewahrungsfristen dürften beim derzeitigen Tempo viele Fälle verjähren.

- » **Transparenz:** Schattenfinanzplätze bieten reichen Steuerhinterziehern genauso wie der organisierten Kriminalität komplexe Strukturen, um ihre Anonymität zu schützen. Aber auch in Deutschland kann man über Treuhänder und Strohmänner relativ einfach anonym bleiben. Den Ermittlungsbehörden sind regelmäßig die Hände gebunden, weil sie ohne einen Anfangsverdacht gegen eine konkrete Person keine Ermittlungen aufnehmen können, die ihnen helfen würden, diese Anonymität zu durchbrechen. Ein 2017 geschaffenes Transparenzregister sollte es eigentlich einfacher machen, die tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten festzustellen und die Kosten für Anonymität zu erhöhen. Auch zum März 2026 waren noch fast 500.000 Unternehmen (17 Prozent) gar nicht eingetragen und die Daten waren so unzuverlässig, dass Ermittlungsbehörden das Register kaum nutzen. 2023 hat die Bundesregierung beschlossen, das Transparenzregister mit Immobilien-Eigentümerdaten zu verknüpfen. Der Versuch ist aber **weitgehend gescheitert**. Ein Großteil der Eigentümerinformationen konnte ohne Grundbucheinsicht nicht eindeutig zugeordnet werden und die eigentlich eintragungspflichtigen ausländischen Immobilieneigentümer kommen ihrer Pflicht allem Anschein nach oft nicht nach und werden dafür nicht systematisch sanktioniert. Anfang 2026 hat die Bundesregierung auf Druck der EU einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Transparenzregister wieder für die Zivilgesellschaft öffnen, die Datenqualität verbessern und dem Register die Einsicht ins Grundbuch gestatten soll (mehr dazu [hier](#)).

Internationale Steuergerechtigkeit

Warum das wichtig ist: Die dringendsten Probleme der Menschheit – vom Schutz der Meere bis zur Verhinderung einer KI-Apokalypse – lassen sich nur mit multilateralen Vereinbarungen lösen. Die Ungleichheit ist auf internationaler Ebene noch viel größer als im nationalen Kontext und gleichzeitig Ursache und Folge dieser Probleme.

Obwohl die Menschheit so produktiv und reich ist wie noch nie, leiden etwa 700 Millionen Menschen unter Hunger und Mangelernährung. Das zu beseitigen würde nur 0,03 Prozent der globalen Produktion an Gütern und Dienstleistungen kosten und sollte laut der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 erreicht sein. Um alle Entwicklungsziele der UN zu erreichen, wären etwa 4 Billionen Euro, also 4 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, nötig. Vier Steuerreformen könnten reichen, um diese Kosten fast vollständig zu finanzieren:

- » Eine gerechte Besteuerung von sehr großen Vermögen bringt 400 bis 1.000 Milliarden Euro für eine Steuer von 2 bis 5 Prozent auf Vermögen oberhalb von 100 Millionen Euro;¹³
- » Eine Steuer auf Übergewinne der größten und profitabelsten Konzerne bringt bis zu 1.000 Milliarden Euro bei einer Steuer von 50 Prozent für alle Branchen;¹⁴
- » Maßnahmen gegen anonyme Offshore-Vermögen und Gewinne in Steueroasen bringen bis zu 500 Milliarden Euro;¹⁵
- » Internationale Solidaritätsabgaben auf Schiffstreibstoff und für Vielflieger bringen bis zu 300 Milliarden Euro, Abgaben für Kryptowährungen und Finanztransaktionen nochmal bis zu 1.000 Milliarden Euro.¹⁶

Diese Maßnahmen lassen sich – genauso wie dringend nötige Friedensbemühungen – am besten international koordiniert umsetzen. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei in der EU und bei der UN eine wichtige Rolle. Dabei spricht sich das

Entwicklungsministerium regelmäßig für ambitioniertere Reformen aus, bei den zentralen Verhandlungen arbeiten Vertreter des Finanzministeriums aber eher an kleinen Verbesserungen am jetzigen System statt an ambitionierten Reformen. Dass es sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch bei der UN große Schwachstellen gibt, sollte nicht als Ausrede für weniger internationale Solidarität missbraucht werden. Stattdessen muss die Bundesregierung noch stärker auf die Länder des Globalen Südens zugehen, um die globalen Krisen gemeinsam zu lösen und die internationale Zusammenarbeit mit mehr Ambition zu stärken. Nach dem Motto: Use it or lose it.

Was wir vorschlagen – eine ambitionierte UN-Steuer-Rahmenkonvention: Die multilaterale Koordination der Steuerpolitik funktioniert bisher im Vergleich zu anderen Bereichen besonders schlecht. Es bietet sich aktuell aber eine historische Chance, das zu ändern. Bis 2027 wird bei der UN eine Rahmenkonvention verhandelt, die die nötigen Grundlagen für eine international koordinierte und gerechtere Steuerpolitik legen könnte. Diese Konvention könnte den Grundstein legen für:

- » Mehr Transparenz entlang des **ABCs** für Steuergerechtigkeit, also eine Weiterentwicklung des **Automatischen Informationsaustauschs** zwischen Steuerbehörden, einem global vernetzten Register der wirtschaftlichen **Berechtigten** der großen Vermögenswerte und einem öffentlichen **Country-by-Country Reporting**, also der länderbezogenen Aufschlüsselung der wirtschaftlichen Aktivitäten, Gewinne und gezahlten Steuern der größten Konzerne;
- » Eine gerechtere Verteilung der Besteuerungsrechte für die großen Konzerne weg von den Steueroasen und hin zu den Ländern, in denen die Gewinne erwirtschaftet werden;
- » Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung sehr großer Vermögen, Steuern gegen umweltschädliches Verhalten sowie Vereinbarungen für nachhaltige Entwicklung und eine bessere internationale Zusammenarbeit.

¹³ Fortgeschrieben basierend auf Daten aus dem *Global Tax Evasion Report (2023)* und der *Forbes-Reichenliste*.

¹⁴ Weitere Details in unserer Studie zur *Übergewinnsteuer (2024)*

¹⁵ Grobe Schätzung der entgangenen Einnahmen basierend auf *State of Tax Justice Report (2024)* und Daten des *International Tax Observatory*

¹⁶ Weitere Details bei der *Global Solidarity Levies Task Force*.

Im August 2026 soll der erste Entwurf veröffentlicht werden. Nachdem die USA die 2021 durch die OECD verhandelte Vereinbarung aufgekündigt und die UN-Verhandlungen verlassen haben, sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den verbliebenen Ländern diese Chance für ambitionierte Reformen im Interesse der Menschheit nutzen. Damit würde sie gleichzeitig

die Arbeit für mehr Steuergerechtigkeit, zum Beispiel an einer Steuer für Milliardäre und Übergewinne, erleichtern. In der Zwischenzeit könnte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine europaweite Digitalsteuer als schnelle Zwischenlösung für die ungerechte Besteuerung der großen Digitalkonzerne einsetzen.

EXKURS: GLOBALE UNGLEICHHEIT

Auf globaler Ebene sorgt die extreme Ungleichheit dafür, dass trotz nie dagewesenen Wohlstands knapp 700 Millionen Menschen mit extremer Armut und Hunger leben müssen. Diese Menschen leiden am stärksten unter Umweltzerstörung, Klimawandel und globalen Krisen. Auf der anderen Seite gibt es etwa 60 Millionen Millionäre, die fast die Hälfte des gesamten Vermögens und die damit einhergehende Macht unter sich aufteilen. Allein

durch ihren Lebensstil und ihre Investitionen sind sie für etwa 17 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Über ihre Unternehmen halten sie außerdem die Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung in der Hand, wehren sich aber viel zu oft mit ihrem Geld gegen Veränderung. Statt über Steuern für einen gewissen Ausgleich zu sorgen, machen Steueroasen und Schattenfinanzplätze das Problem eher größer als kleiner.



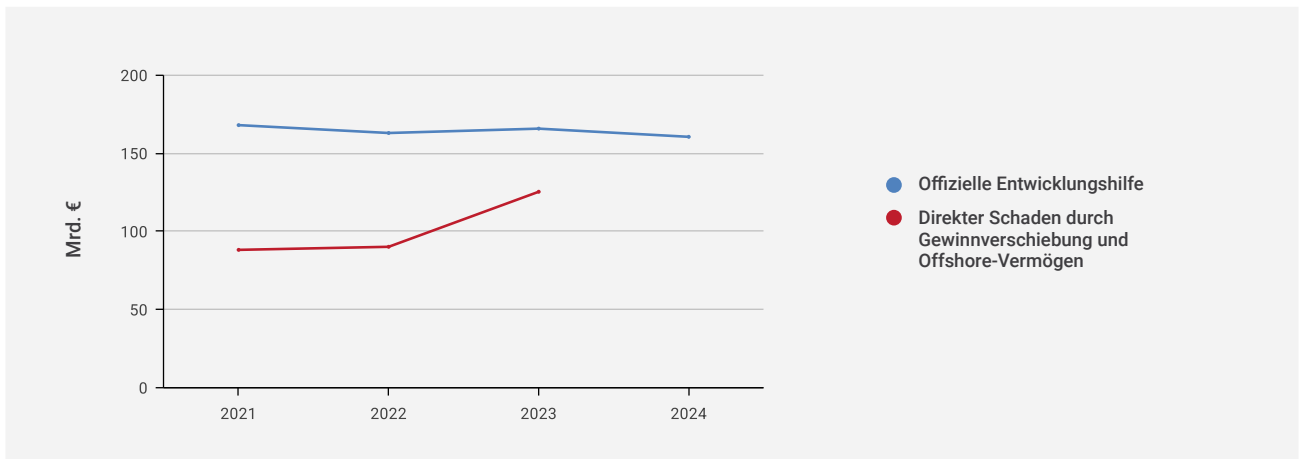
So viel hätten alle bei absoluter Gleichverteilung:

✓ 80.000 € Vermögen pro Erwachsenem

✓ 30 € Einkommen pro Tag

✓ 6 t CO₂-Ausstoß pro Jahr

Indikator 9: Schaden durch illegitime Finanzflüsse



Grafik 11: Mehr Schaden, weniger Hilfe

Quelle: OECD-DAC-Datenbank und State of Tax Justice Report

Der Indikator: Am Ende zählt vor allem das Ergebnis – also weniger Hunger, bessere Bildungschancen und insgesamt eine nachhaltige Entwicklung. Die UN hat einen umfangreichen Ziel- und Datenkatalog entwickelt, um Fortschritte in diese Richtung zu messen. Wir fokussieren uns auf zwei Aspekte: Zum einen die Entwicklung der internationalen Ungleichheit und zum anderen die Finanzierungsfrage. Dafür vergleichen wir auf der einen Seite die durch Steuereinnahmen in den reichen Ländern finanzierte Entwicklungszusammenarbeit, die aus dem Globalen Norden in den Süden fließt (also ohne Ausgaben für Studierende und Geflüchtete im eigenen Land oder Ukraine-Hilfe) mit dem direkten Schaden, der im Globalen Süden durch Gewinnverschiebung und anonyme Offshore-Vermögen entsteht, also die Steuereinnahmen, die dort deswegen

fehlen. Der indirekte Schaden ist noch deutlich höher. Außerdem fließen hohe Summen als Zinszahlungen für Kredite und im Vergleich zum Globalen Norden höhere Zinskosten vom Süden in den Norden.

2024 ist die Entwicklungshilfe inflationsbereinigt leicht gesunken. Für 2025 liegen zwar noch keine detaillierten Zahlen vor, aber es zeichnet sich ein **noch deutlich stärkerer Einbruch** ab. Die gesamte Hilfe ist vor allem wegen der USA um 23 Prozent gesunken. Damit ist Deutschland jetzt in absoluten Zahlen erstmals der größte Geber, im Vergleich zur Wirtschaftskraft aber nur auf Rang 7. Der Schaden durch Gewinnverschiebung und Offshore-Vermögen ist in den letzten Jahren weiter angestiegen.

Was sonst noch wichtig ist:

» **Die Offshore-Aktivitäten der DEG:** Die deutsche Entwicklungsbank DEG beteiligt sich über verschiedene Investmentfonds an kleinen und mittelständischen Unternehmen aus dem Globalen Süden u. a. mit dem Ziel lokale Wertschöpfung, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Seit einiger Zeit steht sie in der Kritik, weil sie dabei häufig auf Beteiligungen in Steueroasen und Schattenfinanzplätzen zurückgreift und dadurch möglicherweise direkte und indirekte negative Effekte auf die lokal generierten Einkommen in Kauf nimmt. In den letzten Jahren hat die DEG zwar für mehr Transparenz gesorgt, ihr Engagement in Steueroasen aber **nicht reduziert**. Im Geschäftsbericht für 2024 sind die meisten Offshore-Beteiligungen wegen einer geänderten Methodik nicht mehr aufgelistet.

Wo es weitere Informationen gibt:

- » In unserer Ende 2024 aktualisierten Broschüre „Steuern und Entwicklung“ haben wir die internationalen Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten umfassend aufbereitet.
- » Weitere Details und aktuelle Entwicklungen zur Konvention gibt es hier.

Unsere Reformvorschläge für mehr Steuergerechtigkeit im Überblick

Das deutsche Steuersystem sorgt für stabile Einnahmen zur Finanzierung gemeinschaftlicher Aufgaben und sorgt besser als in den meisten anderen Ländern für gesellschaftlichen Ausgleich. Trotzdem hat es Gerechtigkeitslücken, die dringend geschlossen werden sollten, damit es die zentralen Zielen noch besser erfüllt.

Ungleichheit verringern: Die Ungleichheit ist weltweit so hoch, dass sie die Demokratie, die Wirtschaft und das friedliche Zusammenleben gefährdet. Deutschland wird immer mehr zur Erbesgesellschaft, in der die persönliche Leistung an Bedeutung verliert und die Geburt über die Lebenschancen entscheidet. Ohne entschiedene Gegenmaßnahmen wird die Konzentration von Vermögen weiter zunehmen.

» Große Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern:

- Eine Milliardärsteuer würde das Sparprivileg für große Vermögen beseitigen und dafür sorgen, dass Milliardäre und Multimillionäre so viel Steuern zahlen wie der Durchschnittsverdiener. Ein wissenschaftlicher Reichtumsbericht schafft die Grundlage für eine informierte Debatte;
- Ausnahmen sorgen bisher dafür, dass große Erbvermögen niedriger besteuert werden als kleinere. Die laufenden Verhandlungen beim Bundesverfassungsgericht bieten eine gute Chance, das zu ändern;
- Die Millionäre haben in den letzten Jahren von steigenden Immobilienpreisen und Aktienkursen profitiert. Sie können mehr zum Steueraufkommen beitragen als bisher.

» Hohe Vermögenseinkommen und Arbeitseinkommen gerecht besteuern:

- Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne werden häufig anonym und pauschal versteuert. Sie sollten wieder in die normale Einkommensteuer integriert werden;

- Gewinne aus der Veräußerung von Immobilien, Kryptowährungen, Edelmetallen oder Gemälden sollten nicht mehr steuerfrei sein;
- Kleine und mittlere Einkommen sollten weder durch Steuern noch durch Abgaben stärker belastet werden. Fehlanreize und Ungerechtigkeiten, zum Beispiel beim Ehegattensplitting oder bei Minijobs sollten beseitigt werden.

Große Konzerne höher besteuern: Eine kleine Gruppe von Konzernen hat eine Größe erreicht, die Demokratie, den freien Wettbewerb und die Zukunft der Menschheit gefährdet. Sie erwirtschaften große Monopolgewinne, verschieben aber trotz aller Reformbemühungen weiter knapp 1 Billion Euro pro Jahr in Steueroasen und zahlen deswegen oft die niedrigsten Steuern.

- » Die Gewinnverschiebung und den Unterbietungswettbewerb bei den Steuersätzen sowohl international als auch in den deutschen Gewerbesteuer-oasen beenden und Gewinne dort besteuern, wo sie erwirtschaftet werden;
- » Die Übergewinne der größten und profitabelsten Konzerne höher besteuern.

Umwelt und Gesundheit fördern: Deutschland besteuert ungesunden und umweltschädlichen Konsum niedriger als viele andere EU-Staaten.

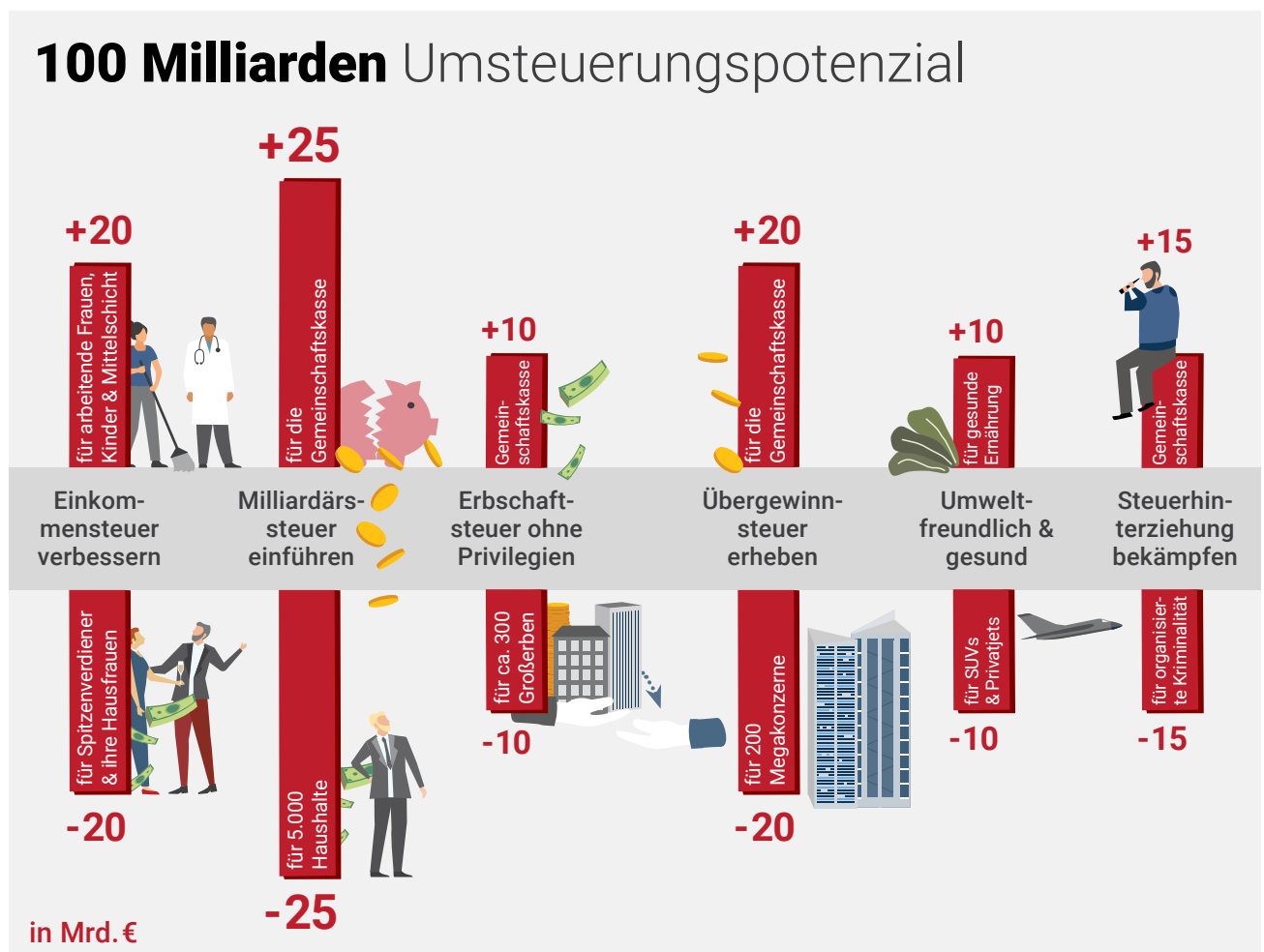
- » Für ein gesünderes und ökologischeres Steuersystem sollten Abgaben auf besonders ungesunden und klimaschädlichen Konsum gezielt erhöht werden. Ausgleichsmechanismen von Direktzahlungen bis zu Luxussteuern müssen dafür sorgen, dass Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen dadurch unterm Strich nicht stärker belastet werden.

Schweren Steuerbetrug konsequent bekämpfen: Bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität gilt viel zu oft "Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen."

» Um die großen und komplexen Fälle von Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität effektiv zu verfolgen, braucht es klare Ziele und Daten, um die Zielerreichung zu messen. Die Bundesregierung steht unter großem Druck, endlich Ergebnisse vorzulegen. Im Gesetzentwurf zur Zollreform fehlt bisher aber eine operative Einheit, die auf Bundesebene die Expertise von Zoll, Polizei und Finanzverwaltung bei der Bearbeitung von komplexen Fällen bündelt.

Internationale Kooperation stärken: Die internationale Zusammenarbeit steht von vielen Seiten unter Beschuss. Zur Lösung der globalen Krisen brauchen wir sie mehr denn je. Die für 2027 geplante Verabschiedung einer UN-Steuerrahmenkonvention bietet eine einmalige Chance für ambitionierte Reformen, von denen auch die Umsetzung von mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland profitieren würde. Die Bundesregierung sollte diese Chance nutzen und sich für echte Reformen stark machen. Das könnte bis zu 4 Billionen Euro jährlich mobilisieren, die nötig sind, um die vereinbarten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu erreichen.

Für Deutschland bringen unsere Reformvorschläge ein Umsteuerungspotenzial von 100 Milliarden Euro.



Unser Beitrag für ein gerechtes Steuersystem

Mit aktuell vier Personen im Sekretariat und gemeinsam mit unseren Partnern im Netzwerk und in breiten Bündnissen wollen wir dazu beitragen, die Gerechtigkeitslücken im Steuersystem zu schließen. In unserer neuen **Strategie für 2026 bis 2028** fokussieren wir uns dabei auf drei Ziele.

1. Informationen bereitstellen

Der Kern unserer Arbeit ist die wissenschaftliche Analyse und die verständliche Aufbereitung von Informationen. In den kommenden Monaten arbeiten wir insbesondere an einem Reichtumsbericht zu Deutschlands Milliardären, an der Aktualisierung unserer Daten zu Übergewinnen großer Konzerne und ihren Aktivitäten im Globalen Süden, zu Fragen der Unternehmensbewertung und zur Besteuerung von Privatjets und Superyachten.

Mit unserem **Handbuch Steuergerechtigkeit** geben wir einen kompakten Überblick über das Steuersystem. Mit dem vorliegenden Jahrbuch sowie mit unserem **monatlichen Steuergerechtigkeitscheck** machen wir Veränderungen nachvollziehbar und ordnen sie ein. Zudem sammeln und dokumentieren wir stetig in einer Übersicht kleinere und große Gerechtigkeitslücken und entsprechende Lösungsvorschläge.

2. Debatte organisieren

Wir sind überzeugt, dass wir die Fakten auf unserer Seite haben. Dennoch halten sich manche Gerechtigkeitslücken hartnäckig – auch dort, wo verfassungsrechtliche Zweifel bestehen und nur eine kleine Gruppe auf Kosten der Allgemeinheit profitiert. Ein zentrales Beispiel dafür ist die faktische Steuerbefreiung für Menschen, die mehr als 300 Wohnungen erben bzw. geschenkt bekommen.

Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Steuerprivileg einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde und mittlerweile von unterschiedlichen Seiten kritisiert wird. Aber für die notwendigen Veränderungen braucht es mehr als Empörung. Es braucht eine intensive Debatte über Ungleichheit, Steuern und Finanzen. Die Teilnehmenden unserer **Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen** haben 2025 gezeigt, dass die Gemeinsamkeiten größer sind als die Unterschiede – insbesondere wenn es darum geht, große Vermögen stärker an der Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben zu beteiligen. Mit unserer Bildungsarbeit wollen wir diese Debatte auch in die Schulen tragen.

3. Konkrete Erfolge

Damit die Menschen die Hoffnung auf Veränderung nicht aufgeben, sind konkrete Erfolge nötig. Für die nächsten Jahre fokussieren wir unsere Bemühungen deswegen auf eine Reform der Erbschaftsteuer, auf den Kampf gegen Steuerhinterziehung und die Besteuerung von Digitalkonzernen auf Ebene von EU und UN.

Sie können uns dabei unterstützen, indem sie **Fördermitglied werden**, ihre **Expertise mit uns teilen** oder anderen von unserer Arbeit erzählen. Danke an alle, die das bereits tun!



**NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

Gemeinsam für gerechte, solidarische und nachhaltige Finanzsysteme –
gegen Steuerflucht und Schattenfinanzwirtschaft weltweit

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de